Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Der Abonnementspreis beträgt b. Lieferung durch Boten frei Haus f. d. Woche v. 12.—17. Novbr. 170 Milliarden Mark. Einzelverkaufspr. 30 Milliarden Mark.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Fernruf { 905 nur Redaktion. 926 nur Geschäftsstelle.

Anzeigengebühr für die achtgespaltene Petitzeile od. deren Raum 20 Gold-Pfennige, auswärtige 25 Gold-Pfg., Versamml.-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Gold-Pfennige, Reklamen 80 Gold-Pfennige.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf { 926 nur Geschäftsstell 905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 263. | Freitag, 16. November 1923. | 30. Jahrgang.

Stresemanns Ende!

Berlin, 15. November.

Am Montag nachmittag tritt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zur Beratung der allgemeinen politischen Lage zusammen. In Anbetracht der parlamentarischen Stärke, die unsere Fraktion im Reichstage besitzt, sind die zu fassenden Beschlüsse von weittragender Bedeutung für die kommende politische Entwicklung. Trotzdem können sie nach den Vorgängen in den letzten Wochen und der Stellungnahme der Regierung zu den wichtigsten politischen Tagesfragen kaum noch zweifelhaft sein.

Als die sozialdemokratische Fraktion vor wenigen Wochen aus Anlaß der widerrechtlichen Vorgänge in Sachsen zu einer außerordentlichen Tagung zusammentrat, beschloß sie den Austritt ihrer Minister aus der Regierung, weil die bürgerlichen Kabinettsmitglieder nicht bereit waren die an ihre zukünftige Mitarbeit innerhalb der Regierung geknüpften Voraussetzungen anzunehmen und durchzuführen. Man hätte damals annehmen sollen, daß die Regierung trotzdem versuchen würde, die von unserer Reichstagsfraktion gestellten Forderungen ohne direkte Teilnahme sozialdemokratischer Mitglieder an den Kabinettsbeschlüssen durchzusetzen, **weil auch die Demokraten und ein Teil des Zentrums sie nicht nur für verständlich, sondern nach dem Vorgefallenen für durchaus notwendig hielten,** im übrigen aber von der Regierung angeblich lediglich aus formellen Gründen abgelehnt wurden. Diese Annahme war außerdem insofern berechtigt, als das Rumpfkabinett des Herrn Stresemann parlamentarisch in der Luft schwebte und ihm durch die Verwirklichung der sozialdemokratischen Forderungen, insbesondere durch die Wahrung der Staatsautorität gegenüber Bayern immerhin die Gelegenheit gegeben war, wenn auch keine positive Unterstützung, so doch eine neutrale Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu erzwingen. So viel Weitblick hat Herr Stresemann aber nicht besessen. Er ignorierte die berechtigten Wünsche der Sozialdemokratie **und verschaffte sich dadurch gleichzeitig auch im Lager der bürgerlichen Parteien, insbesondere bei den Demokraten, Gegner,** ohne jedoch auf der Gegenseite, bei den Deutschnationalen, entsprechende Anerkennung oder gar Vertrauen zu finden. So setzte sich der parlamentarische Kanzler des Reiches in die Nesseln, wie es besser nicht möglich war, und steht heute, selbst im Stich gelassen von einem Teil seiner Fraktion, hilflos auf weiter Flur.

Ein Blick nach Bayern genügt zum Beweise dafür, daß Stresemann noch nicht einmal das durchgeführt hat, was er als Parlamentarier und später als Reichskanzler vor der Oeffentlichkeit selbst immer wieder als Notwendigkeit predigte. Nach wie vor ist der Konflikt nicht gelöst, heute noch regiert der Hochverrat in Bayern und unter seiner Duldung treiben sich weiterhin irreguläre Banden wider Gesetz und Vertrag an der thüringischen Grenze herum, **zum Teil noch unterhalten durch Reichs- und Staatsgelder.**

Wirtschaftlich hat die Regierung Stresemann ebenso versagt wie in der inneren Politik.

Bis jetzt ist die angekündigte scharfe Belastung des Besitzes nicht durchgeführt, sind alle Lasten auf die Arbeiterschaft abgewälzt worden. Die Reform der Wirtschaft steht heute noch aus, nichts ist von der versprochenen scharfen Bekämpfung der Preismonopole wahr geworden. Die Verzögerung und Art der Einführung der wertbeständigen Zahlungsmittel haben den Uebergang zur Goldrechnung, insbesondere auf Kosten der Arbeiterschaft ungemein erschwert. Alles das kümmerte die Regierung nicht. Statt den darbenden Massen zu helfen, unterstützte sie noch das Bestreben der Unternehmer, die Löhne weit unter Friedensstand zu halten, obwohl die Preise für Lebensmittel und Produkte des täglichen Bedarfs ohne wirksamen Widerstand der amtlichen Stellen den Friedensstand bereits überschritten haben. **Auch auf steuerlichem Gebiete wurde keinerlei Initiative zur Vereinheitlichung und Vereinfachung des Steuersystems gezeigt.**

Fast noch trauriger ist die Bilanz in außenpolitischer Beziehung. Bereits in früheren Tagen haben wir wiederholt darauf hingewiesen, daß die Außenpolitik des Reichskanzlers schon nach dem Abbau des passiven Widerstandes einen verhängnisvollen Fehler aufzuweisen hatte. Damals war Gelegenheit gewesen, Poincare durch die Entsendung eines mit weitgehenden Vollmachten ausgestatteten Beauftragten der Reichsregierung nach Paris gewissermaßen zu Verhandlungen zu zwingen oder ihn vor der Welt moralisch ins Unrecht zu setzen. Aus Angst vor Unpopularität, vor der deutschnationalen Straße ist nicht einmal der Versuch gemacht worden. Man hat sich eingebildet, daß Poincare schon kommen und die Regierung untertänigst bitten würde, mit ihr über die Wiederherstellung produktiver Verhältnisse im Ruhrgebiet zu verhandeln. So mußten sich die durch innerpolitische Nachsicht verursachten außenpolitischen Versäumnisse bitter rächen. Der französische Ministerpräsident hat nicht daran gedacht, der in Berlin vorherrschenden Einbildung gerecht zu werden! Er zog es vor, die Reichsregierung in eine Lage hineinzumanövrieren, die heute ihre wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen zeigt und aus der das Kabinett nur den Ausweg des intellektuellen Verrats am eigenen Volke weiß. Das Ruhrgebiet soll dem Gegner von gestern gewissermaßen in die Hände gespielt werden, ohne daß vorerst überhaupt daran gedacht wird, die finanziellen Versäumnisse wieder gutzumachen und der Reichskasse neue Mittel zu verschaffen, die eine Unterstützung der Erwerbslosen und Sozialrentner im Ruhrgebiet wenigstens vorläufig weiterhin zu ermöglichen und Gelegenheit bieten, den Zeitgewinn zu energischen Maßnahmen nach außen und im Innern auszunutzen. Aber in den Schlemmerlokalen kann weiterhin Sekt auf Sekt getrunken werden und die Kriegs- und Nachkriegsschieber dürfen in den auf Kosten des Volkes erschwindelten Automobilen auch in Zukunft Vergnügungsfahrten machen, während unsere darbenden Volksgenossen im Ruhrgebiet die Kosten für die Angst zur Unpopularität bezahlen sollen. Der Mut zur Unpopularität hört bei der jetzigen Regierung ebenfalls dort auf, wo das „Nationalgefühl" der besitzenden Schichten im Kriege und zurzeit des passiven Widerstandes sein Ende gefunden hat.

Die Sozialdemokratie würde ihr Existenzrecht verwirken und ihren Anspruch, als Arbeiterpartei und die Partei der Reichseinheit zu gelten, verscherzen, wenn das heutige Regime unter ihrer stillschweigenden Duldung fortgeführt werden könnte. Sie hat in den letzten Jahren endlose Opfer zur Wahrung der Reichseinheit und zur Rettung der Volksgemeinschaft gebracht. Hierzu ist sie auch in Zukunft bereit. Auch jetzt lehnen wir es nicht ab, mit bürgerlichen Parteien an einem Tisch zu arbeiten, wenn hierzu die notwendigen Voraussetzungen geschaffen sind, wie wir es nicht grundsätzlich verneinen, eine Regierung zu tolerieren, in der wir nicht vertreten sind, die aber nach innen wie außen die notwendigen Maßnahmen zur Rettung des Reiches und der Volksgemeinschaft ergreift. **Die Regierung Stresemann hat sich innen- und außenpolitisch nach rechts orientiert und ist langsam eine Regierung jener Wirtschaftskreise geworden, die heute mit allen Mitteln versuchen, die Arbeiterschaft unter ihr Joch zu zwingen.**

Einer derartigen Regierung gebührt unser Vertrauen nicht.

Deshalb ist endlich Klarheit notwendig, und diese Klarheit kann im Reichstage durch einen

Mißtrauensantrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion

geschaffen werden. Fällt Herr Stresemann durch einen derartigen Antrag, dann ist er das Opfer eigener Selbstverleugnung. Mit ruhigem Gewissen sehen wir seinem Abgang entgegen, denn was nach ihm kommt, vermag die Sozialdemokratie ebenfalls ruhig zu ertragen.

Wir sind auf alles gefaßt — aber den Geist kann uns selbst Herr Westarp nicht nehmen!

Die Rentenmark.

Berlin, 15. November.

Die von heute ab zur Ausgabe gelangende Rentenmark wird an den öffentlichen Kassen zur Bezahlung von Goldmarkbeträgen (Eisenbahntarifen, Zöllen, Landabgabe usw.) als Goldmark und für in Papiermark berechnete Beträge zu dem amtlichen, täglich bekanntgemachten Umrechnungssatz für Reichssteuern, zurzeit 600 Milliarden, angenommen.

Börsenbericht.

Am Donnerstag nahm die Reichsbank abermals eine erhebliche Erhöhung der Kurse für ausländische Zahlungsmittel vor. Es notierten amtlich in Millionen Mark; Amerika mit 2 513 700 bezw. 2 256 300, England mit 10 972 500 bezw. 11 027 500 und Holland mit 946 625 bezw. 952 375 Mark. Zugeteilt wurden auf ausländische Zahlungsmittel 1 %. Die Goldmark stellt sich somit auf 600 Milliarden Mark. Das ist zugleich der Einführungskurs der Rentenmark, auf den sich auch die Vertreter der Regierung, der Rentenbank und der Wirtschaftsstände in einer Sitzung, die am Mittwoch im Reichsfinanzministerium stattfand, geeinigt haben. Bekanntlich ist den Beamten, Angestellten und Arbeitern des Reiches, der Länder usw. bereits am Donnerstag und Freitag das Gehalt bis zu 30 % in Rentenmark ausgezahlt worden. Dabei wurde die Rentenmark mit 300 Milliarden Papiermark bewertet. Der Ausgleich soll gelegentlich der in nächster Woche stattfindenden Nachzahlung erfolgen.

Der Regierung stehen vorläufig 200 Millionen Rentenmark, die in Berlin gedruckt worden sind, zur Verfügung. Dazu kommen noch die in der Provinz hergestellten Bestände. Mit der Ausgabe der Rentenmark haben die Geldschöpfungen auf Grund von Schatzanweisungen aufgehört. Vorläufig sollen der Regierung noch große Bestände an Papiermark zur Verfügung stehen, womit sie den notwendigsten Bedarf decken kann. Sind die Bestände aber verbraucht, so muß sie sich wie der private Geschäftsmann durch Handelswechsel, Papiermark bei der Reichsbank besorgen. In dieser Tatsache liegt schon ein Zwang, möglichst schnell für die Beamten und Arbeiter die volle Goldlöhnung einzuführen. Ebenso notwendig ist die Löhnung in Rentenmark auch in der privaten Wirtschaft.

Dollar 2520 Milliarden.

1 Goldmk. 600 Milliarden. 1 Goldpfg. 6 Milliarden.

Der Verrat am Ruhrgebiet

Die Reichsregierung will bekanntlich nicht mehr länger in der Lage sein, finanzielle Unterstützungen für das Ruhrgebiet zu leisten. Für Bayern aber, das nicht daran denkt, die Verfassung und Reichsgesetze zu achten, kann sie nach wie vor ungeheure Mittel zur Verfügung stellen. Wie wir neuerdings erfahren, hat die Regierung nicht nur ungeheure Summen, sondern auch tausende Zentner von Getreide in den letzten Wochen nach Bayern geschickt. Vielleicht erklärt uns Herr Stresemann, warum die finanzielle und wirtschaftliche Begünstigung Bayerns möglich ist, während das Ruhrgebiet von finanziellen Unterstützungen ausgeschlossen werden soll, die nicht als Vergünstigungen gelten können, sondern im ganzen Reich laut Gesetz gezahlt werden müssen.

*

Aus Bergarbeiterkreisen wird uns geschrieben:

„Die Schwerindustrie schickt sich auf der ganzen Linie an, mit allen Mitteln die Vorkriegszustände auf wirtschaftlichem Gebiete wiederherzustellen. Metallindustrie und Bergbauunternehmer haben ihre Forderungen auf Wiedereinführung der Vorkriegsarbeitszeit usw. den Gewerkschaften unterbreitet.

Für den Bergbau machten die Unternehmer am 2. November in Berlin erstmalig die Mitteilung, daß sie die Wiedereinführung der Vorkriegsarbeitszeit für notwendig hielten, um die Produktion zu steigern und zu verbilligen. Bei der Belastung des Ruhrbergbaues durch die Forderungen der Besatzungsmächte sei an eine Fortführung der Betriebe nicht zu denken, wenn die Produktion nicht erheblich verbilligt werden könnte. Das sei nur zu erreichen durch längere Arbeitszeit und Entlassung von vielleicht 30 Prozent der Arbeiterschaft! Die Arbeitervertreter nahmen diese Erklärung zur Kenntnis, lehnten aber eine Verhandlung darüber ab, bevor sie nicht mit der Reichsregierung über die ganze Lage im Industriegebiet Rücksprache genommen hätten. Diese Aussprache mit der Regierung fand am 2. November abends statt, trug aber zur Klärung der Sachlage nicht bei. Am 5. November kamen die Unternehmer bei Verhandlungen im Ruhrgebiet auf die Frage zurück. Die Arbeitervertreter wünschten eine schriftliche Uebermittelung dessen, was die Unternehmer forderten. Mit einem Schreiben vom 6. November, das bei einer Organisation am 9 November, beim Bergarbeiterverband am 10. November einging, wurde dieser Forderung entsprochen.

Am 11. November ersuchten die Unternehmer um neue Verhandlungen über diese Frage in einer für den 12. November angesetzter Besprechung. Weil die Gewerkschaften an diesem Tage durch andere Konferenzen verhindert waren, fand die Besprechung am 13. November abends im Bureauhaus in Essen statt.

In der Verhandlung mit den Unternehmern kam es aber zur Besprechung dieser Fragen gar nicht. Zunächst wurden Beschwerden der Arbeitnehmer über die Nichtausführung von Schiedssprüchen usw. besprochen. Dann machten die Unternehmer die Mitteilung, daß sie am 15. November die gesamten Angestellten und Arbeiter des Ruhrgebiets kündigen würden, vielleicht mit Ausnahme des Gebietes Hamm und einiger Zechen, die noch gesicherten Absatz hätten. Sie seien zu dieser Maßnahme gezwungen, weil sie finanziell völlig am Ende wären und weil Verkehrs- und Absatzverhältnisse keinen Ausblick in die Zukunft ermöglichten. Für die Besprechung der Forderungen der Unternehmer wurde ein neuer Termin angesetzt. Die eigentliche Absicht der Unternehmer, über die sie in dieser Besprechung keine Andeutung machten, ist für alle Arbeitnehmer klar: sie wollen das bestehende rechtliche Verhältnis mit den Belegschaftsmitgliedern lösen. Sie wollten dann in der Hoffnung, daß die Not der Arbeiterbevölkerung ihnen behilflich sein wird, zu passender Zeit die Betriebe wieder öffnen für diejenigen, die sich bereit erklären, den Forderungen der Unternehmer nach verlängerter Arbeitszeit usw. zu entsprechen.

Es ist ein offenes Geheimnis, daß gewisse Unternehmerkreise solche Pläne verfolgen, selbst auf die Gefahr hin, daß sie Loslösung des Rhein- und Ruhrgebiets aus seinem bisherigen staatsrechtlichen Verband bedeuten. Es ist weiter bekannt, daß derartige Unternehmerkreise entschlossen auf dieses Ziel eines selbständigen Rhein- und Ruhrstaates hinsteuern. Zu sozialer Rückständigkeit gesellt sich bei diesen Unternehmern eine vollständige Verneinung jeder vaterländischen Gesinnung und Verpflichtung, allein das engste nackte Profitinteresse ist für sie maßgebend.

Durch das Vorgehen der Unternehmer, das in seiner Entwicklung und in seinem Ziel klar vor Augen liegt, werden die rechtlichen Grundlagen, wie sie der Tarifvertrag und das sonstige geltende Recht geben, nicht beseitigt. Die Wahrung dieser Rechte werden sich die Gewerkschaften vor allen Dingen angelegen sein lassen. Darüber hinaus werden sofort die Reichs- und Staatsregierungen vor die Entscheidung gestellt werden, ob sie den volksverderbenden Plänen dieser Unternehmerschichten in irgend einer Weise Vorschub leisten oder sie mit allen Mitteln bekämpfen wollen.

Die Gewerkschaften werden alle geeigneten Mittel ergreifen, um die Absichten der Unternehmer zunichte zu machen. Für die ungeheuerlichen Folgen des Vorgehens der Unternehmer, das in seinen Wirkungen gar nicht abzuschätzen ist, tragen diese die volle Verantwortung."

Verhandlung der Botschafterkonferenz.

Paris, 15. November.

Die Botschafterkonferenz hat heute nachmittag von 5½ bis kurz vor 8 Uhr getagt und sich mit der Frage der Rückkehr des deutschen Kronprinzen nach Deutschland sowie mit der etwaigen Rückkehr des ehemaligen deutschen Kaisers und mit der Frage der internationalen Militärkontrolle beschäftigt. **Die Beratungen sind zu keinem Ende geführt worden.** Die Botschafter wollen ihren Regierungen über den Meinungsaustausch der gepflogen wurde, Bericht erstatten und jedenfalls Instruktionen einholen. Es wurde deshalb vorläufig beschlossen, am kommenden Sonnabend wieder zu einer Sitzung zusammenzutreten.

Die Dauer der Beratungen läßt darauf schließen, daß die Franzosen sofort bestimmte Anträge formuliert hatten, und daß sich darüber eine Aussprache entwickelte, die zu keinem Ergebnis führen konnte, da, wie in französischen politischen Kreisen allgemein erzählt wird, auch die italienische Regierung in diesem Augenblick gegen jede Zwangsmaßnahme sein soll. Inwieweit die französische Regierung die Beschlagnahme gewisser Eisenbahnlinien vorgeschlagen hat, von der heute vormittag in der Presse gesprochen wurde, ist nicht bekanntgeworden, jedoch behauptet man in wirtschaftlichen Kreisen, daß die französische Regierung den jetzigen Konflikt wegen der militärischen Kontrolle sehr gern dazu benutzen würde, um ihre Aktion im Ruhrgebiet zu unterstützen. Es scheint, daß dabei auch die **Einführung einer besonderen rheinischen Währung** mit eine Rolle spielte, wovon sich die nationalistischen Kreise auch eine ihnen erwünschte Wirkung auf die sonderbündlerischen Bestrebungen versprechen.

England und die Separatistenbewegung.

Protest gegen die Förderung der Abfallbewegung.

Paris, 15. November.

Der englische Botschafter Lord Crewe hatte gestern nachmittag eine Unterredung mit Poincare, in deren Verlauf er eine Note seiner Regierung betreffend die separatistische Bewegung in den besetzten Gebieten überreichte. Das „Foreign Office" hatte bekanntlich jüngst die Aufmerksamkeit der französischen Regierung auf die Folgen juristischer Art gelenkt, die die Separatistenbewegung für die Gültigkeit des Friedensvertrages haben könnte, wenn Staaten sich vom Deutschen Reiche loslösen würden. Die französische Regierung hatte geantwortet, daß in den Artikeln 27 und 29 die Alliierten keine Garantien für die Grenzen des Reiches übernommen hätten. In der heutigen Antwortnote beharrt die englische Regierung auf ihrer These, die sie in sehr langen Ausführungen juristisch begründet.

Poincare seinerseits überreichte Lord Crewe eine Note, in der er über die Haltung der französischen Besetzungsbehörde im Rheinland und besonders in der Pfalz Auskunft erteilt, deren Verhalten er als unparteiisch gegenüber der separatistischen Bewegung bezeichnet.

Haushaltsplan — Goldmark?

SPD. Der Finanzpolitische Ausschuß des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich auf Ersuchen des Reichsfinanzministers mit der Frage, ob und unter welchen Voraussetzungen beim Zustandekommen einer stabilisierten Wirtschaft und einer wertbeständigen Währung ein in sich balanzierender Etat in Goldmark aufgestellt werden kann. Dem Ausschuß lag eine Denkschrift vor, die den zukünftigen Dauerbedarf unter Ausscheidung aller Posten, die in Zukunft als fortdauernder Reichsbedarf nicht mehr in Frage kommen (Ausgaben für Ernährungswirtschaft, für Steuerüberweisung und Besoldungszuschüsse an Länder und Gemeinden, für Finanzierung des Ruhrkampfes und für Reparationszahlungen) auf 1200 Goldmillionen schätzt. Diese Summe erhöht sich jedoch durch Aufwertung von 50 % zur Angleichung der Preise an den Stand der Vorkriegszeit und durch einen weiteren Aufschlag von 25—33 % zur Angleichung der Binnenpreise an die Weltmarktpreise auf 2,2—2,4 Goldmilliarden. Da zu dieser Summe noch etwaige Besoldungszuschüsse an Länder und Gemeinden treten, die mit einer Goldmilliarde anzusetzen sind, ist mit einer Endsumme von 3,4 Goldmilliarden, ohne die vorläufig noch unbekannten Beiträge zur Verzinsung und Tilgung der Reichsschuld, zu rechnen. — Der Ausschuß bezeichnete die Aufstellung eines in sich balancierenden Etats in Goldmark für notwendig.

Der Berliner Buchdruckerstreik.

Die am Donnerstag eingeleiteten Verhandlungen über die Beilegung des Berliner Buchdruckerstreiks fanden eine starke Beeinträchtigung durch die am Mittwoch abend erfolgte Verhaftung des Vorsitzenden der Berliner Buchdrucker Braun und des Vorsitzenden der graphischen Hilfsarbeiter Gloth. Beiden wurde nicht gestattet, für ihre Organisationen an den auf Donnerstag vormittag 11 Uhr festgesetzten Verhandlungen teilzunehmen. Eine Versammlung der Buchdruckerfunktionäre, in der höchstwahrscheinlich der Abbruch des Streiks beschlossen worden wäre, wurde von der Polizei gesprengt. Die Reichsdruckerei ist in weitem Umfange durch Schutzpolizei gesperrt.

Außer zahlreichen Verhaftungen von Gewerkschaftsfunktionären des graphischen Gewerbes hat die Militärgewalt auch in den Streik der Mühlenarbeiter durch die Verhaftung von 7 Gewerkschaftsfunktionären eingegriffen. Die Verhaftung erfolgte beim Demobilmachungskommissar, wo durch Vermittlung des Magistrats eine Beilegung des Lohnkonfliktes versucht werden sollte. Vor Beginn der Verhandlungen stellte ein Offizier des Wehrkreiskommandos an die Vertreter der Arbeitnehmer die Frage, „ob sie den Streik gutheißen und ob sie die Streikleitung bilden, außerdem ob sie gewillt sind, dahin zu wirken, daß sofort die Arbeit aufgenommen und ein diesbezügliches Plakat herausgegeben wird." Da sie diese Zumutung ablehnten, wurden sie verhaftet. Dadurch wurde die Beilegung des Streiks in den Berliner Mühlen, in denen rund 600 Arbeiter in Tag- und Nachtschicht beschäftigt sind, unmöglich.

Abbruch des Streiks.

Berlin, 15. November.

Die Ortsvorstände der graphischen Organisationen haben heute abend beschlossen, ihren Mitgliedern den Abbruch des Streiks zu empfehlen. Am Freitag vormittag werden die Obleute der Betriebe weitere Verhaltungsmaßnahmen entgegennehmen. Die Belegschaften versammeln sich morgen vormittag um 11 Uhr, um über die Wiederaufnahme der Arbeit genaue Anweisungen zu erhalten.

Die Rückkehr des Exkronprinzen.

Breslau, 14. November.

Der frühere Kronprinz ist gestern im Automobil in Oels angekommen. Der Empfang vollzog sich in aller Stille, ohne Aufsehen zu erregen. Die deutschnationale „Schlesische Zeitung", die mit den Kreisen des früheren Kronprinzen gute Beziehungen unterhalten dürfte, feiert heute das zukünftige Familienleben des Hohenzollernerben in sentimentalen Worten, wobei sie das frühere weniger familienmäßige Leben des Kronprinzen mit Stillschweigen übergeht. Gleichzeitig mahnt das monarchistische Blatt dazu, die Angelegenheit des früheren Kronprinzen nicht zu politischen Demonstrationen auszunutzen. Die sozialdemokratischen Arbeiter, deren es auch in Oels mit seiner großen Eisenbahnwerkstatt viele gibt, werden abwarten, ob diese Mahnung von den Monarchisten befolgt wird.

*

Die Botschafterkonferenz wird sich wahrscheinlich morgen Donnerstag mit dieser Angelegenheit befassen. Der „Daily Telegraph" erfährt, daß Belgien in London ein energisches Vorgehen gegen den Exkronprinzen und die Militärkontrolle befürwortet habe; außerdem schreibt das Blatt, daß England für ein Entgegenkommen in dieser Hinsicht Zugeständnisse von Poincare in der Rheinland- und Reparationsfrage erlangen könnte.

Also wieder ein franko-britisches Abkommen auf Kosten Deutschlands in Sicht. Man sieht, wie recht die „Frankfurter Zeitung" mit ihrer Meinung hat, daß die Heimkehr des Exkronprinzen einen neuen Gefahrenkreis bedeutet!

Einigung der vaterländischen Verbände

Hinter Kahr — trotzdem.

SPD. München, 15. November.

Durch die Ereignisse der letzten acht Tage haben die sogenannten vaterländischen Verbände und die anderen nationalen Bünde erkannt, daß sie auf dem Wege der bisherigen Uneinigkeit die Eroberung der Staatsgewalt und der Staatsautorität nicht verwirklichen können. Soweit also keine grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten in diesen Verbänden bestehen und ihr Ziel ein schwarz-weiß-rotes Großdeutschland mit mehr oder weniger Hakenkreuzcharakter ist, sind jetzt Bestrebungen im Gange, eine großzügige Einigung sämtlicher nationaler Verbände herbeizuführen. Eine der Hauptursachen dafür ist die Haltung der Bayrischen Volkspartei, welche die seit Jahr und Tag geduldete Nebenregierung dieser Verbände jetzt gründlich satt hat und sobald als möglich mit ihr aufräumen will. Hierin liegt auch die psychologische Erklärung für die Tatsache, daß sich die Verbände nunmehr immer geschlossener hinter Kahr stellen und zwar entgegen ihrer gefühlsmäßigen Einstellung aus rein verstandesmäßiger Erwägung ihrer Führer. Gleichzeitig bemühen sie sich nach Kräften, den tatsächlich vorhandenen Gegensatz zwischen Kahr und der Bayrischen Volkspartei zu einem nicht mehr überbrückbaren Abgrund zu vergrößern, um Kahr dann in ihre Hand zu bekommen und ihn auf den Weg der absoluten Diktatur zu drängen, der sich auch Regierung und Landtag zu unterwerfen hätten. Daher auch die Behauptung, daß die bayerische Regierung Kahr binnen kurzem fallen lassen wird, was der Wirklichkeit weit vorauseilt. Tatsache ist, daß die Bayerische Volkspartei die Notwendigkeit erkennt, daß, wenn sie sich nicht selbst aufgeben will, zur Durchführung ihres staatspolitischen Programms eine weitgehende Aenderung der bisherigen Regierungsmethode erforderlich ist. Diese Aenderung braucht nicht Halt zu machen vor dem Generalstaatskommissariat und dem aus ihm herausgeborenen „Landeskommandanten der bayerischen Reichswehr", sondern greift unter Umständen auch an die Wurzeln der bayerischen Regierung selbst. Es ist wohl richtig, daß Ministerpräsident Knilling im Gegensatz zu seinen anderen Ministerkollegen jedenfalls bereit ist, zurückzutreten, was aber in Anbetracht der geringen Zahl der für diesen Posten zur Verfügung stehenden Persönlichkeiten gegenwärtig nicht in Frage kommt. Dagegen steht ziemlich fest, daß der eben aus der Reichswehr verabschiedete General Epp binnen kurzem zu einer wichtigen, mehr politischen als militärischen Aufgabe herangezogen wird. Denn heute schon liest man in der bayerischen Regierungspresse, „daß in vielen bayerischen Herzen jetzt die Hoffnung und der Glaube aufsteigt, daß dieser Mann, der schon in vergangenen schweren Tagen (gemeint ist die Zeit der Räterepublik im Jahre 1919. D. Red.) einmal durch die Macht seiner starken, edlen und ausgeglichenen Persönlichkeit es vermocht hatte, helfend einzugreifen, auch jetzt wieder derjenige sein müßte, der als Führer unserer sehnsüchtig nach Rettung ausschauenden Jugend an der Spitze stehen müßte." Dabei ist es selbstverständlich töricht, so weit zu gehen, wie „Das bayerische Vaterland", das in Epp einen Mann erkennt, der jetzt die „bayerische Reichswehr, die bayerische Polizei und die bayerische Jugend, kurzum alles, was in Bayern imstande ist, gegen die Bolschewisten und die anderen bayerischen Feinde eine Knarre zu tragen, unter sich und mit dem ganzen bayerischen Volk zusammenschweißen wird". Aber er wird in Bayern eine Rolle zu spielen und eine Aufgabe zu lösen haben, die über das hinausgeht, was man schon seit Monaten von diesem noch mit voller männlicher Arbeitskraft ausgestatteten Frontmilitär erwartet mußte.

*

SPD. München, 15. Nov. (Eig. Drahtb.)

Außer den Sozialdemokraten haben jetzt inzwischen auch die Demokraten ihre Unterschrift für die Einberufung des bayerischen Landtages eingereicht. Deshalb beschäftigte sich am Donnerstag der Aeltestenrat mit dieser Frage. Nach Art. 30 der Bayerischen Verfassung kann eine außerordentliche Sitzung durch den Antrag von fünfzig Abgeordneten herbeigeführt werden. Die Koalitionsparteien machten Bedenken über die gegenwärtige ungewisse Lage geltend, sodaß der Präsident anregte, eine Entscheidung bis kommenden Dienstag zu vertagen. In der Voraussetzung, daß die Demokraten nicht wieder wie vor 14 Tagen ihrem Beschluß untreu werden, ist also damit zu rechnen, daß der Landtag spätestens am Dienstag, den 27. November, zusammentritt.

Das Reichskabinett hat am Donnerstag beschlossen, daß **vorläufig** von dem Gesamtkredit, der dem Reiche in Höhe von 900 Millionen von der Rentenbank zur Verfügung gestellt wurden, ein Betrag im Werte von 100 Millionen Rentenmark für die Fortzahlung der Reichszuschüsse für die besetzten Gebiete, insbesondere der Erwerbslosenunterstützung, bereitgestellt werden.

Die Zahl der unterstützten Vollerwerbslosen betrug im Reichsgebiet ohne besetztes Gebiet am 1. November 877 262 (gegen 692 813 am 15. Oktober 1923), die Zahl der unterstützten Kurzarbeiter 1 676 435 (gegen 1 488 121 am 15. Oktober 1923).

Herrliche Tage.

Aus dem schon besprochenen Buch „Zwölf Jahre am deutschen Kaiserhof", Aufzeichnungen des Grafen Robert Zedlitz-Trütschler", ehemaligen Hofmarschalls Wilhelms II. (Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart), lassen wir hier noch eine Nachlese von Zitaten folgen — im schlichten Wortlaut und ohne Kommentar, denn sie sprechen für sich selber.

Sänger und König.

An dem Abend vor der Ankunft des Zaren wurden in dem Theater drei kleine Stücke gegeben, darunter zwei von dem Dichter Lauff. — Die Prahlerei, Ruhmredigkeit und Schmeichelei, die in diesen Stücken zum Ausdruck kam, ist kaum zu beschreiben. Ganz allgemein fühlte man dies und war etwas bedrückt. Die verschiedenartigsten und hochstehendsten Persönlichkeiten konnten sich nicht mehr bemeistern und sprachen es ruhig aus; bei einigen aber erlebte ich es, daß, als ihnen unmittelbar darauf Seine Majestät Allerhöchstsein Befriedigtsein mit dem Stück aussprach, sie sofort auch nur Worte der Bewunderung und Anerkennung fanden. Dieser krasse Umschwung und vor allen Dingen der scheue Blick, wenn jemand dabei stand, der unmittelbar vorher das entgegengesetzte Urteil mit angehört hatte, konnten geradezu humoristisch wirken. (S. 48.)

Der Finger des Kaisers.

Der alte Generalleutnant v. Eglofstein, mein einstiger Vorgänger als Hofmarschall, bildete die Zielscheibe des besonderen Amüsements. Da er immer davon sprach, daß ihm sein Getränk zu kalt sei, wurde es ihm etwas erwärmt, dann rührte der Kaiser es mit dem Finger einige Zeit um, trank selbst einen Schluck davon und gab es ihm zurück: nun sei es richtig temperiert. So völlig harmlos diese kleine Episode war, so zeigte sie, wie einfach, natürlich und freundlich der Kaiser für ihm näher Stehende denken kann; wie er aber auch eventuell bis ins kleinste Detail etwas zu bestimmen liebt und wie er überzeugt ist, daß, nach ihm zu trinken, und nachdem er selbst mit dem Finger umgerührt hat, nur eine ganz besondere Gnade bedeutet. Tatsächlich wurde es auch als solche mit größter Devotion aufgefaßt, so daß ich unwillkürlich darüber nachdenken mußte, was mit dem Getränk noch sonst alles hätte passieren können. Für Eglofstein wäre es jedenfalls immer ein Gnadenbeweis geblieben. (S. 63).

Gottes Wort.

Nur wer die intimen Vorgänge am Hofe ganz kennt, der kann die unglaubliche Liebedienerei der schmeichlerischen Predigten, die ich von den Hofpredigern gehört habe, ganz ermessen. Ich bin über diese Predigten häufig auf das äußerste erschüttert gewesen, denn sie wirken unheilvoller als man es sich nur im entferntesten vorstellen kann. (S. 79.)

Die grüne Krawatte.

Wie weit diese Anzugs- und Aeußerlichkeitenfrage ihre Blüten treibt, geht daraus hervor, daß er (Wilhelm II.) sich zur Oper der „Fliegende Holländer" die Uniform eines Seeoffiziers anzieht. — Der Zeremonienmeister v. Kotze aber nimmt dieses Gebiet noch ernster. Er geht eines Tages mit besonders schöner grüner Krawatte Unter den Linden, und als man ihn darüber befragte, antwortete er: „Seine Majestät sind heute auf Jagd." (S. 89 f.)

Kleine Liebenswürdigkeiten.

Besonders schlecht soll es dem Obersten v. B., Kommandeur eines Kavallerieregiments, ergangen sein. **Seine Majestät drückte ihn längere Zeit in den Schnee und rieb ihn dann zur Freude aller Umstehenden mit Schnee ein, so etwa, wie ein stärkerer Schuljunge einen schwächeren behandelt.** Die ganze Jagdgesellschaft und Hunderte von oberschlesischen Treibern waren dabei Zuschauer. Noch schlimmer erging es dem Grafen Roger Seherr-Dobrau. Man bedenke, er ist preußischer Kammerherr, Mitglied des Preußischen Herrenhauses auf Lebenszeit, hat zwei Söhne als Offiziere bei den Leibgardehusaren, ist 53 Jahre alt und hat durch seine großen Besitzungen eine sehr angesehene Stellung in Schlesien. Bei der ersten Begrüßung sagte ihm der Kaiser ganz laut: **„Was, Sie altes Schwein sind hier auch eingeladen?"** Die Herumstehenden, ja sogar die Damen konnten diese Anrede ganz deutlich hören. (S. 91 f.)

Der kleine Herzog von Sachsen-Koburg hatte neulich abends in der Bibliothek einen schweren Stand. Der Kaiser liebt es, seinen Spaß mit ihm zu treiben. Meist kommt es dabei aber so, daß er ihn kneift und pufft, daß **der arme kleine Herzog eigentlich in regelrechter Weise verprügelt wird.** Neulich waren nun außerdem seine Braut, die Prinzeß Viktoria und ihre Eltern zugegen; dies mahte es dem armen kleinen Herzog wohl besonders peinlich, er kämpfte beinahe mit den Tränen und hatte den ganzen Abend über ein so unglückliches Gesicht, als sollte er am nächsten Morgen gehenkt werden. — Ob er, falls der Kaiser diese Behandlung fortsetzt, gerade ein besonders anhänglicher deutscher Bundesfürst werden wird, ist mir zweifelhaft. In diesem Jahre wird er 21 Jahre alt und übernimmt damit offiziell und tatsächlich die Regierung seines Landes. (S. 118).

Durch Fahneneid ins Ehebett.

Sehr komisch erzählte der Kaiser über die in Bückeburg stattgefundene Hochzeit des Großherzogs von Sachsen (Weimar). — Am Abend vor der Hochzeit sei der Großherzog plötzlich im Dienstanzug zu ihm gekommen und habe gemeldet: „Eurer Majestät melde ich allerunterthänigst, daß ich morgen nicht heiraten kann." — Er, der Kaiser, sei nun sehr erregt geworden und habe ihm gesagt: „Wenn ich, der Deutsche Kaiser, zu Deiner Hochzeit herkomme und ebenso die Königin von Holland, dann kannst du nicht am Abend vor der Hochzeit erklären, du wolltest nicht heiraten." Der Großherzog habe aber immer ausweichen wollen, seine Braut habe ihm zu schlecht behandelt, habe ihn zu sehr beleidigt, und es wäre daher ganz unmöglich für ihn, es zu tun. Da habe der Kaiser ihm schließlich gesagt: **„Du hast mir in deinem Fahneneide Treue gelobt und ich befehle dir, daß du morgen heiratest."** Hierdurch sei der Großherzog endlich zu dem Entschluß bewogen worden, am nächsten Tage doch zu heiraten. (S. 113.)

Er kann nicht aufhören.

Major v. Neumann-Cosel ist zum Erstaunen seiner Vorgesetzten, des Militärkabinetts und all seiner Bekannten, aus heiterem Himmel, bei einer Frühjahrsparade ganz unerwartet zum Flügeladjutanten ernannt worden. Er ist ein ängstlicher Mensch mit engherzigen Anschauungen und kleinen Begriffen, der merkwürdigerweise aus eigenem Impuls **dem Kaiser bei jeder Gelegenheit die Hand küßt.** Er hat dies auch schon früher als Offizier des 2. Garde-Regiments getan, und so ist der Monarch auf ihn aufmerksam geworden. Man hat ihm verschiedentlich bedeutet, daß dies tägliche mehrmalige Handküssen doch nicht ganz passend sei, ja etwas Asiatisches an sich habe. Er aber meinte hierauf ganz treuherzig, **er habe es nun einmal angefangen und könne nun nicht mehr damit aufhören.** (S. 130f.)

Die Schellen des Kaiserviehs.

Komischerweise hat der Fürst Dohna seinen Byzantinismus einst so weit getrieben, daß er den Kaiser fragte, **ob seine Kühe in Schlobitten ebensolche Schellen tragen dürften wie die Kühe in Rominten,** worauf er allerdings die allerhöchste Antwort einstecken mußte: „Es ist mir ganz egal, was Ihr Rindvieh für Schellen trägt." (S. 131.)

Bei ihm ist alles groß.

Der Kaiser litt unter einem starken Schnupfen und war hierüber, wie fast immer, sehr deprimiert. Generalarzt Ilberg wollte ihm noch gut zureden und sprach von einem „kleinen Schnupfen", **da richtete sich der Kaiser plötzlich auf, sah ihn ganz ernst an und sagte: „Ein großer Schnupfen — bei mir ist alles groß."** (S. 175 f.)

Vor Neuwahlen in England.

London, Anfang November.

Der englische Premierminister Baldwin hat angekündigt, daß er das Land zu Neuwahlen aufrufen wolle. Die Labour Party hat diese Parole angenommen und durch den Mund ihres Führers MacDonald das Wahlprogramm der Regierung mit der Ansage der Kampfbereitschaft beantwortet. Die Wahlplattform, die die konservative Regierung gewählt hat, ist freilich herausfordernd genug. Sie heißt Abhilfe gegen die Arbeitslosigkeit durch — Schutzzölle.

An diesem Regierungsprogramm ist mancherlei bemerkenswert. Vor allem die Tatsache, daß die Arbeitslosigkeit, die furchtbare Folge des Krieges und Sieges, nach vier langen Jahren, in denen sie immer bedrohlicher anschwoll, endlich von der Regierung als das gewürdigt wird, was sie ist: als die wichtigste innerpolitische Frage Englands. Was die Regierung zur Schaffung von Arbeitsgelegenheit tut, ist trotz der Erweiterung der Pläne, die Baldwin in Aussicht gestellt hat, völlig ungenügend; noch immer gibt es Hunderttausende arbeitslose Bauarbeiter, an die jährlich 3 Millionen Pfund elender Unterstützung gezahlt werden, und Hunderttausende wohnungslose Menschen, für die mit 2 Millionen Pfund jährlich 200 000 Wohnungen gebaut werden könnten; noch immer hungern im reichsten Land Europas Millionen Menschen, arbeitslos und ausgestoßen. So ist es die Unfähigkeit der kapitalistischen Unordnung, die Angst der Regierenden vor dem Winter der Ausgestoßenen, die zur Beruhigung der Massen nach der Neuwahl ruft.

Aber was hat diese Regierungskunst den Arbeitslosen zu bieten? Es ist fürwahr ein kurioses Heilmittel, das den schon Erkrankten vor der Ansteckung schützen will: Englands Volkswirtschaft soll abgesperrt, seine Industrie soll „geschützt", sein Markt vor der ausländischen Konkurrenz behütet werden, England, das klassische Land des Freihandels, soll unter die Staaten der geschlossenen Grenzen gehen. Die neue englische Politik nimmt die alte Gestalt des Schutzzolles an.

Damit knüpft die neueste Parole an sehr altbekannte Dinge an. Die ganze zweite Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts in England ist ausgefüllt von den Kämpfen der beiden großen historischen Parteien des englischen Bürgertums, der Liberalen und der Konservativen; und den wirtschaftlichen Hauptinhalt dieser Kämpfe bildet der Streit um Freihandel oder Schutzzoll. Die Liberalen, die eigentlichen Vertreter der kapitalistischen Bourgeoisie, des aufblühenden Handels, dem jeder Zoll das Geschäft störte, und der Industrie, die billiges Brot für billige Arbeitskraft brauchte, sind unter der theoretischen Führung der „Manchesterschule" für den zollfreien Handel eingetreten; die Konservativen, aus den Resten der Feudalität, dem englischen Grundadel hervorgegangen, vertraten das Interesse der schwachen englischen Landwirtschaft an schützenden Zöllen. Aus diesem Gegensatz entwickelte sich der jahrzehntelange historische Kampf, der die besten Männer der englischen Bourgeoisie auf den Plan rief und der schließlich mit dem Sieg des Freihandels endete. Und heute soll diese ganze geschichtliche Entwicklung, dieses einstige Kampfziel und Ideal des Bürgertums wie so viele andere rückwärts revidiert werden.

Indes der verspätete Sieg in einem vergangenen Kampfe, den man darin erblicken wollte, ist nur zur Hälfte wahr — insofern er eine Niederlage der Liberalen ausdrückt, ein Symptom mehr des unaufhaltsamen Untergangs dieser Partei. Aber die Sieger, die Schutzzöllner von heute, sind nur mehr zum Teil die konservativen Landlords von gestern: in Wahrheit sind heute bereits eine ganze Reihe anderer Klassenschichten in die konservative Partei übergegangen. Wie in allen Ländern, ist auch in England eine Entwicklung am Werke, die das Bürgertum aller „liberalen" Ideale entblößt und es immer mehr in eine einzige, konservative, reaktionäre Partei der Besitzenden sammelt. So stellt heute bereits die englische Schwerindustrie, der Großhandel, das Finanzkapital einen namhaften Teil der konservativen Parteigänger, die sich dort mit den Männern des Adels und Grundbesitzes, mit den Offizieren und den ihrer Klasseninteressen nicht bewußten Schichten des Kleinbürgertums und der Angestelltenschaft begegnen. So ist darum heute die Frage der Zollfreiheit keine Frage des Klassenkampfes zwischen Industrie und Grundbesitz mehr. Der alte Streit zwischen Freihandel und Schutzzoll lebt wieder auf. Hinter dem Schutzzollprogramm der konservativen Regierung birgt sich vielmehr heute politisch wie wirtschaftlich ein ganz anderes Problem.

Zunächst bedeutet es eine gewisse Frontänderung innerhalb der konservativen Partei. In ihr hatte in der letzten Zeit der Wille der kapitalistischen Kreise vorgeherrscht, die sich um Baldwin als ihren eigenen Führer scharten. Ihre Interessen haben bei der Ersetzung Bonar Laws durch Baldwin den Ausschlag gegeben und die Politik Baldwins — des letzten Jahres — bestimmt. Sie waren es, die ihn die „wohlwollende" Neutralität, d. h. das untätige Zuschauen seines Vorgängers gegenüber dem europäischen Chaos, aufgeben hießen und jene Periode der englischen Politik einleiteten, in der Baldwin vergebens versuchte, dem französischen Imperialismus, den seine Vorgänger hatten zu mächtig werden lassen, diese Macht, die Europa zerstörte — auszureden. Den rücksichtslosen Zugriffen der französischen Politik setzte er die vorsichtigen Vorschläge der englischen Diplomatie entgegen — und auch das sehr zum Mißvergnügen, ja in ständigem Konflikt mit der anderen Gruppe der konservativen Partei, die vom Kriege her noch durchaus in Deutschenhaß und Franzosenfreundschaft schwelgte. Aber Poincare hat gesiegt und — Baldwin sucht durch seine neueste politische Wendung die Interessen der englischen Industrie mit der Ideologie der englischen Landlords zu vereinigen. Er gibt es auf, in Europa Politik machen zu wollen. Er zieht sich auf seine Insel zurück und will die Grenzen hinter sich absperren. Der Schutzzoll ist der wirtschaftliche Ausdruck des konservativen Ideals, der Insularität: mit Schutzzöllen gegen das Chaos!

Damit aber gewinnt die Aufrollung der Schutzzollfrage eine weit über das Wirtschaftliche hinausreichende Bedeutung: Ist die Arbeitslosigkeit, sind die Folgen des Krieges und des Friedens ein lokales oder ein internationales Problem? Sie national, ja gerade durch lokale Absperrung und Isolierung zu lösen, ist der Weg, den die englische Bourgeoisie vorschlägt: es ist der bequeme Weg, der Verantwortung zu entweichen, die die englische kapitalistische Regierung, wie jede andere, an dem gegenwärtigen Chaos trägt. Die Arbeitslosigkeit als Problem der internationalen Politik zu begreifen, das nur durch internationale Mittel, durch Beseitigung des Chaos und Wiederaufbau der Welt gelöst werden kann — das ist die Auffassung der englischen Arbeiterklasse. Nicht Schutzzoll gegen Freihandel, sondern Schutzzollpolitik gegen die Politik der Arbeiterpartei ist die Entscheidung der kommenden Wahlen — so waren MacDonalds Worte. Und Arthur Henderson, der Sekretär der Labour Party, hat die Entschlossenheit seiner Partei in die Worte gekleidet: „Herr Baldwin wirft uns den Fehdehandschuh der Schutzzöllnerei (protection) gegen die Forderung der Arbeiterklasse nach aktiver internationaler Politik und nach einer inneren Politik hin, die die Wirtschaftskräfte unseres Landes entwickelt. Wohlan, wir nehmen die Herausforderung an!"

Devisen-Kurse.

Berlin, 16. November.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

			15. November.	14. November.
Amsterdam	1	fl.	947 625 000 000	478 800 000 000
Brüssel (Antwerpen)	1	Fr.	115 710 000 000	59 850 000 000
Kristiania	1	Kr.	363 090 000 000	181 545 000 000
Kopenhagen	1	Kr.	428 925 000 000	215 460 000 000
Stockholm	1	Kr.	664 335 000 000	331 170 000 000
Helsingfors	1	finn. Mk.	67 830 000 000	33 516 000 000
Rom	1	Lire	107 780 000 000	53 865 000 000
London	1	£	10972 500 000 000	5486 250 000 000
Neuyork	1	Dollar	2513 700 000 000	1256 850 000 000
Paris	1	Frs.	137 655 000 000	69 825 000 000
Zürich	1	Frs.	442 890 000 000	219 450 000 000
Madrid	1	Pesetas	327 180 000 000	103 590 000 000
Wien	100	Kr.	35 910 000 000	17 955 000 000
Prag	1	Kr.	73 815 000 000	35 910 000 000
Budapest	1	Kr.	13 566 000 000	65 835 000 000

Wo ist der „Vorwärts" verboten?

Nachdem das bayrische Staatskommissariat den Vertrieb des „Vorwärts" untersagt hat, gibt es drei Länder, in denen das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie verboten ist: Sowjet-Rußland, das besetzte Rheinland und Bayern. Dort, wo reaktionäre Tyrannei herrscht, wird das Sprachrohr der demokratischen und sozialen Freiheit unterdrückt. Im Kampfe gegen den „Vorwärts" arbeiten Trotzki, Degoutte und Kahr Hand in Hand und dokumentieren dadurch ihre geistige Verwandtschaft. In diesem schönen Bunde fehlt nur noch Mussolini. Aber dieser hat sich bisher damit begnügt, den römischen Berichterstatter des „Vorwärts" zu bedrohen, falls er für die faschistische Herrschaft nicht die erforderliche Begeisterung an den Tag legen würde.

Durch einen Schiedsspruch des Reichsarbeitsministers ist für **Bootsleute und Heizer in der Binnenschiffahrt** Gruppe Elbe für die Zeit vom 5. bis 11. November 1923 ein Goldmarklohn von 22,4 festgesetzt worden. Für die Feinkeramische Industrie werden 35 Goldpfennige für die Arbeitsstunde als Akkordbasis für einen Facharbeiter in den größeren Städten festgelegt. In beiden Fällen macht der Satz ungefähr 80 Prozent des Friedenslohnes aus. Der Lohn soll soweit wie möglich in wertbeständigen Zahlungsmitteln bezahlt werden. Falls in Papiermark gezahlt wird erfolgt die Lohnberechnung zum amtlichen Berliner Dollarmittelkurs an dem der Auszahlung vorausgehenden Tage.

Vermischte Nachrichten.

Der Onkel in Amerika. Fast alle Menschen haben einen Onkel in Amerika — sie sagen es wenigstens und glauben es auch. Manche Leute sollen sogar zwei Tanten drüben haben. Ich habe aber einen wirklichen Onkel über dem großen Teich, der heißt Theodor. Der ging vor über einem halben Jahrhundert schon ins Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Unsere Mutter hat, als wir noch kleine Kinder waren, uns ganz unglaubliche Geschichten von seinen ungeheuren Reichtümern erzählt; wir Kleinen sahen da riesige Rinderherden und Farmen ohne Zahl, die ihm alle gehörten. Da saßen wir oft an langen Winterabenden bei der glumsenden Petroleumlampe, hörten diese Wundergeschichten und dachten: Jetzt geht die Türe auf und der Geldbriefträger bringt uns Pakete von Dollars. Mutter sagte sogar, da sie von der Familie die einzige Ueberlebende sei, so würden wir auch die Universalerben. Obwohl der liebe Onkel Theodor ausgerechnet in Schick-ago wohnte, hat er uns aber die langen Jahre doch nichts geschickt. — Ob er verschollen oder sich seiner früheren kleinen Herkunft schämte, wir hörten nie etwas von ihm. Doch der Mensch hofft und will es nie recht glauben, daß er überhaupt nichts zu hoffen und zu erwarten hat. Drum hofften auch wir immerzu bis gestern und heute — denn der Dollar steht ja so Mount-Everest-hoch. Unser Hoffen und Harren wurde aber doch noch belohnt, denn heute früh kam ein versiegelter Brief aus Amerika, und darin teilte uns ein dortiger Rechtsanwalt Dr. Blackburn mit, daß Onkel Theodor hochbetagt und stillvergnügt verschieden sei; und er (der Anwalt) gestatte sich, im Auftrage seiner Klientin, der Haushälterin, bei der unser lieber Onkel so lange wohnte, die Rechnung über seine Beerdigungskosten im Betrage von 27 Dollar beizufügen! Wir waren alle so platt wie neugeborene Flundern und guckten einander an wie eine Schimpansenfamilie. Meine Mutter aber fand lächelnd als Erste ihre Sprache wieder und meinte: „Na, ejtzt ham mer doch endlich e mal aa Lebenszeiche von 'em krieht!" (Fried Stern in der Frkf. Ztg.)

Die Sohlenwährung. Der Inhaber einer Lederfabrik in Borna in Sachsen hat, da ihm zur Auszahlung der Löhne nicht genügend Barmittel zur Verfügung standen, seinen Arbeitern einen Teil ihres Verdienstes mit Ledersohlen auszahlen müssen, die mit dem Firmenstempel versehen sind und als Wertangabe den Tagespreis tragen. Der Fabrikant ersucht in einer Kundgebung die Geschäftswelt, die Sohlen in Zahlung zu nehmen, die als wertbeständiges Zahlungsmittel mehr gelten als Papiergeld.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Schnock.

Ein niederländisches Gemälde von Friedrich Hebbel.

1. Fortsetzung.

„Keineswegs," erwiderte Schnock „man ist selten oder nie Herr seines Willens. Ich war den übrigen voraufgelaufen, nicht etwa, um mir ein Ansehen zu geben, sondern um ihnen möglichst bald aus den Augen zu kommen und bei der Hetze gegen brutale Aufforderungen zum Hilfeleisten gesichert zu sein. Plötzlich, da ich eben den Sprung um ein Gebüsch mache, fährt mir das Teufelswildbret, ich meine meinen Arrestanten, entgegen. Ich schaudre zusammen; denn das laute Hurra, das aus hundert Kehlen hinter mir erschallt, sagt mir's gleich, daß mein niederträchtiges Jagdglück nicht unbemerkt geblieben ist. Dennoch hätt' ich, ohne Rücksicht auf die spätere Foppereien und Anzüglichkeiten, dem Kerl gern den Vorsprung gelassen und zu hinken angefangen; aber der war wie unsinnig, statt zu entspringen, blieb er stehen, rollte die Augen, ballte die Faust gegen mich und fuhr endlich damit, als wollt' er ein Messer oder gar eine Pistole hervorziehen, in die Tasche. Da ergriff mich Angst und Grausen; nicht aus Tollkühnheit, wie die herbeieilenden Esel, die mir schon aus der Ferne ein Bravo über das andere zuschrien, glauben mochten, sondern aus Furcht macht' ich mich über ihn her, rang mit ihm und warf ihn zu Boden. Daß seine Taschen leer waren, wie sich's bei der Visitation fand, konnt' ich nicht wissen, und gegen Schuß und Stich mußt' ich mich sichern." Ein Bursch kam in diesem Augenblicke eilig auf uns zu. „Ich komme schon!" rief Schnock ihm entgegen und machte mir zugleich eine Abschiedsverbeugung. „Ihr irrt Euch, Meister," sagte der Bursch mit unterdrücktem Lachen, „ich suche diesmal nicht Euch, ich geh' auf die Apotheke, um Hoffmannstropfen zu holen, Eure Frau hat Kopfweh und liegt zu Bett."

„So sagst du nicht," versetzte Schnock, „daß du mich gesehen hast."

Wenn die Kopfweh hat," fuhr er, sich wieder zu mir wendend, fort, „ist's goldne Zeit für mich; dann fühl' auch ich einmal, daß ich noch auf der Welt bin. Ihr muß wirklich zuvor das Schlimmste begegnet sein, ehe mir was Gutes begegnen kann als sie jüngst wegen Zahnschmerz und Backengeschwulst vierzehn Tage lang das Maul nicht öffnen konnte, hatt' ich den Himmel auf Erden." Ich lud Schnock ein, mich ins Posthaus zu begleiten und dort eine Flasche Wein mit mir auszustechen. „Ich weiß mich," sagte ich, als er bedenklich zu zögern schien, „vor Langeweile nicht zu lassen, und wo find' ich Gesellschaft?" Er willigte ein, und nicht lange dauerte es, so saßen wir uns auf meinem Zimmer bei gefüllten Gläsern gegenüber. Es gibt untrügliche Kennzeichen, wodurch sich der geübte Trinker von dem angehenden unterscheidet; wenn dieser, während er das süße, flüssige Feuer hinuntergießt, die Augen wollüstig zukneift und in innigem Behagen noch mit dem letzten Tropfen die Zunge erquickt, so spitzt jener bloß ein wenig den Mund, trinkt mit offenen Augen und ignoriert den Tropfen, da er die Erfahrung gemacht hat, daß dieser Nachzügler den Durst, statt ihn zu löschen, nur aufs neue weckt. Schnock, das sah ich gleich, war kein angehender Trinker; er trank das erste Glas nur, um recht bald zum zweiten zu kommen, und an eine Entsiegelung seines inneren Menschen, auf die ich mich freute und derentwegen ich ihn eingeladen hatte, war vor Entsiegelung der dritten Flasche nicht zu denken. Ich gab mich gegen ihn für einen geschiedenen Ehemann aus und sagte, ich hätte bloß darum mein Vaterland verlassen, weil mein rachsüchtiges Weib mir ihre sämtlichen Liebhaber, einen nach dem andern, mit Herausforderungen auf den Hals schicke, was mir über kurz oder lang das Leben kosten könne. Diese Eröffnung machte ihn treuherzig, aber eine Unvorsichtigkeit, die ich gleich hernach beging, hätte das günstige Vorurteil, das er für mich zu fassen begann, fast im Keim wieder zerstört. Ich zog nämlich, weil sie mir unbequem waren, meine Taschenpistolen hervor und legte sie neben mich auf den Tisch. Plötzlich — er war schon in recht lebhaften Mitteilungen über sein Märtyrertum begriffen gewesen — stockte der Fluß seiner Rede, er entfärbte sich und sah mich an. Ich bemerkte die Veränderung, die mit ihm vorgegangen war, früher, als ich sie begriff, und bemühte mich, ihrer Ursache auf die Spur zu kommen, aber schneller als all mein Nachsinnen verhalf mir eine zufällige Bewegung meiner Hand zur Aufklärungg über den zweifelhaften Punkt. In der Zerstreuung ergriff ich eine der Pistolen, die ungeladen waren, und spannte spielend den Hahn; da sprang Schnock von seinem Stuhle auf und versicherte mir mit einem Gesicht, welches gegen den Mund die bündigste Protestation einlegte, er halte sich in meiner Gesellschaft für sicher. „Ihr seid's vollkommen, lieber Meister," versetzte ich; „die Dinger da drücken mich, ich führe sie zu meiner Verteidigung auf Reisen bei mir, aber um mich nicht selbst zu schädigen, lade ich sie nicht, außer wenn ich bei Nebel und Nacht durch dicke Waldungen komme." Zum Zeugnis der Wahrhaftigkeit meiner Relation drückte ich die Pistole, welche ich eben in der Hand hielt, ab. „Ich," entgegnete Schnock, indem er sich wieder mit alter Behaglichkeit niederließ, „würde doch Pistolen und dergleichen niemals mit mir führen; denn davon bin ich überzeugt, wenn die Gefahr wirklich an den Mann herantritt, so vergißt man's entweder, daß man sie hat, oder man schießt beim Abfeuern fehl und reizt so den Menschen, der es vielleicht nur auf einfache Räuberei abgesehen hatte, zu Mord und Blutvergießen."

„Ihr habt nicht unrecht," erwiderte ich, mein Lachen verbeißend, was mir, wenn's mir nur einmal gelingt, immer gelingt, „und da wär's gar möglich, daß man, nachdem man durch die erste Pistole den Mordgedanken erweckte, durch die zweite niedergestreckt würde; ich setze den Fall, daß der Räuber keine Waffe bei sich führt und sich ihrer bemächtigt."

„Freilich, freilich!" versetzte Schnock und trank, sichtlich erfreut, in mir einen Gemütsverwandten gefunden zu haben, zwei Gläser hinunter. Die dritte Flasche war halb geleert, da stand er rasch auf, trat mit pfiffigwichtiger Miene vor mich hin und fragte mich: „Sagt mir doch, bin ich eigentlich feig?"

„Es scheint wohl nur so!" antwortete ich, einigermaßen verdutzt. „Gewiß!" versetzte er und nahm wieder Platz, „daß ich's nicht bin, davon, glaub' ich, hab' ich Euch heute den Beweis gegeben. Ich traue Euch nichts Böses zu, bei Gott nicht! sonst wär' ich keine fünf Minuten geblieben; aber, dies könnt Ihr nicht leugnen, Ihr seid mir wildfremd. Ihr ladet mich ein, Euch auf Euer Zimmer zu begleiten und Wein mit Euch zu trinken, jeder andere hätte, und mit Recht, aus Eurer Splendidität Argwohn geschöpft und die sonderbare Einladung mit Abscheu abgelehnt; ich unterdrücke meinen Verdacht und gehe mit Euch. Ich denke, ich bin nicht feig!"

„Ei, Meister Schnock," erwiderte ich, „wie kommt Euch denn der Einfall, daß Ihr feig wäret?"

„Weil," versetzte er hastig und schenkte sich ein, „weil sie mich alle für feig halten, ja, weil ich, Stunden, wie diese, ausgenommen, selbst das ganze Jahr hindurch, Gott weiß, woran es liegt! glaube, daß ich's bin." Jetzt verschwand bei ihm die letzte Spur von Zurückhaltung, um so mehr, als er erfuhr, daß ich nicht im Orte bleibe, sondern gleich den nächsten Tag wieder abreise, er machte mich zum vollständigsten Vertrauten seiner Lebens-, das heißt Märtyrergeschichte, und ich erhielt Gelegenheit, in die Mikrologien eines Daseins hineinzuschauen, das mir so putzig vorkam, als ob es gar nicht seiner selbst wegen, sondern zur Belustigung eines größeren geführt würde. Ich darf nun freilich nicht vergessen, daß meine Leser nicht, wie ich gezwungen sind, in dem Marktflecken Y. einen ganzen Tag auf die Post zu warten und muß darum den größten Teil von Schnocks Mitteilungen für mich behalten; denn bei mir hatten sie nur mit einem alten Kalender, den ich durchblättere, mit den Fensterscheiben, die ich hätte zählen können, zu rivalisieren, was hoffentlich bei keinem meiner Leser der Fall ist. Ich glaube jedoch, daß einiges daraus sie auch in einer weniger verzweifelten Situation ergötzen kann, und bitte sie, wenn ich mich hierin täusche, den Grund nicht in dem Mann und seinen Erlebnissen zu suchen, sondern in meiner Unfähigkeit, ihn treu, bis in das Haargewebe seiner Bestimmungsgründe hinein, zu zeichnen. Um dieser Unfähigkeit möglichst zu Hilfe zu kommen, lasse ich ihn selbst reden.

Zweites Kapitel.

Schnock erzählt:

Fragt man mich, warum ich ein Weib genommen habe, das ich jetzt selbst fürchten muß, so kann ich auf diese Frage vernünftiger antworten als Tausende von Ehemännern, die mein Schicksal teilen. Sie pflegen schmachvollerweise für sich anzuführen, daß ihre Drachen ihnen in Engelsgestalt entgegengetreten seien, als ob dies nicht eben die Natur des Weibes wäre, und als ob es, Adam ausgenommen, der das freilich nicht wissen konnte, da kein anderer ihm seine Erfahrungen vermacht hatte, irgend jemandem zur Entschuldigung gereichen könnte! Solche Toren darf ich verachten; denn ich habe mich niemals über meinen Hausteufel und das Geschlecht, dem es angehört, getäuscht, und wenn ich dennoch sein Gespons geworden bin, so ist das wenigstens nicht meiner Verblendung beizumessen. Nie wärs mir eingefallen, mich aus eigener Bewegung nach einem Weibe umzusehen, und wer das zu ruhmredig findet, der lasse sich sagen, was ich schon in meinem zehnten Jahre erlebte, dann wird er's begreifen.

(Fortsetzung folgt.)

Amtlicher Teil

Das Gesetz- und Verordnungsblatt

der freien und Hansestadt Lübeck Nr. 85 vom 16. November 1923 enthält: (8344

Bekanntmachung, betreffend den Gebührentarif des Katasteramts. — Zweiter Nachtrag zum Gesetz, betreffend die amtliche Schätzung der Grundstückswerte, vom 20. April 1921. — Bekanntmachung, betreffend Erhöhung der Grundsteuer und der Zuschläge dazu. — Bekanntmachung, betreffend Aufhebung des Biersteuergesetzes vom 30. Oktober 1918. — Gesetz, betreffend die Ausführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden (Finanzausgleichsgesetz) vom 23. Juni 1923. — Zweiter Nachtrag zu dem Gesetz über das Pfandleihgewerbe vom 30. Oktober 1899. — Sechster Nachtrag zu dem Gesetz vom 11. Mai 1896, betreffend die Regelung der gewerblichen Fischereiverhältnisse in den öffentlichen Gewässern. — Nachtrag zum Vergnügungssteuergesetz vom 10. Oktober 1923.

Lübecker Straßenbahn.

Fahrpreise ab 17. November 1923:

a) Einzelfahrscheine:

bis zu 2 Zonen : M 60 Milliard. = 10 Gold-Pfg.
für 3 u. 4 Zonen . „ 90 „ = 15 „
für 5 u. mehr Zon. „ 120 „ = 20 „

b) Monatskarten:

bis zu 2 Zonen 2mal. Fahrt M. 2550 Milliarden = 4,25 G.-Mk.
4mal. Fahrt M. 4800 Milliarden = 8,00 G.-Mk.
für 3 u. 4 Zonen 2mal. Fahrt M. 3750 Milliarden = 6,25 G.-Mk.
4mal. Fahrt M. 7200 Milliarden = 12,00 G.-Mk.
für 5 u. mehr Zon. 2mal. Fahrt M 4950 Milliarden = 8,25 G.-Mk.
4mal. Fahrt M. 9600 Milliarden = 16,00 G.-Mk.

c) Jugendfahrscheine: je 30 Milliarden = 5 Gold-Pfg.

d) Gepäckstücke und Hunde: 60 Milliarden = 10 Gold-Pfg.

Die gegenwärtig im Verkehr befindlichen Jugendfahrscheine und Fahrkarten für Behörden der Serie 7 sind bis einschl. 18. November 1923 gültig und hat der Umtausch

a) der Jugendfahrscheine an unserer Hauptkasse, Mengstraße 26, Zimmer 3 oder im Büro der Verwaltung, Roeckstraße Nr. 49a

b) der Behördenkarten an unserer Hauptkasse Mengstraße 26, Zimmer 3 gegen Serie 8 zu erfolgen.

Wertbeständige Zahlungsmittel werden zum amtl. Mittelkurs des Vortages in Zahlung genommen. (8343

Lübeck, den 16. November 1923.

Städtische Betriebe.

Die Sätze der Kehrlohnordnung der Schornsteinfeger sind vom 11. Novbr. ab mit 800 000 zu vervielfältigen. 8336

Lübeck, d. 13. Nov. 23. **Das Polizeiamt.**

Straßensperrung.

Die Ratzeburger Allee wird von der Herderstraße bis zum Mönkhofer Weg bis auf weiteres für den Fuhrwerksverkehr gesperrt sein. (8335

Lübeck, den 15. Novbr. 1923. **Das Polizeiamt.**

Nichtamtlicher Teil

Zeitungs-Austrägerin
für **Rensefeld** (8117
zu sofort gesucht bei guter Entlohnung.
Zu melden bei: Giese, Rensefeld.

Baugewerksbund
Nachruf!
Am 13. verstarb nach kurzer Krankheit (8325
A. Litzendorf,
Maurer
im Alter v. 47 Jahr.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, 3¼ Uhr, Vorw. Friedhof statt
Der Vorstand.

Junges Mädchen
gesucht. Sonntags frei. 8348) Johannisstr. 15, I.

Beitragskassierer
für Holstentor u. Burgtor werden sofort benötigt. (8316
Parteisekretariat, Johannisstraße 48, I.

Zu verkaufen ein Paar Halbschuhe, Gr. 36. Beckergrube 43, I. L. 8341)

Habe noch Land zu tauschen gegen Dung. Bolst. Kronsforder Allee 59

Herren-Winterpaletot, 25 Goldmark, Jackett, 12 Goldmark, silb. Handtasche, 18 Goldmark sowie Babywäsche zu verk. Auch Teilzahlung. Ang. unter **C 458** an die Exp. d. Exp. (8347

1 Zentner Eßkartoffeln gegen Babykorb zu tauschen. Ang. unt. **G 457** an die Exp. d. Bl. (8342

Nußbaumpolierter Sofatisch gegen Kartoffeln zu vertauschen. (8346 Böttcherstraße 3, II.

Sehr gut erhalt. eis. Ofen gegen Koks oder Briketts zu tauschen. Ang. unt. **G 456** an die Exp. d. Bl. (8330

Fast neue Dam.-Sp.-Schuhe, 38, gegen K.-Stiefeln, 34, zu tauschen gesucht. Ang. unt. **G 454** an die Exp. d. Bl. (8329

Ankauf v. Gold- und Silber-Bruch. Gebisse, einz. Zähne.
Willi Westfehling 8278
32 Holstenstr. 32

Mäntel
aus molligen, praktischen Stoffen, moderne Macharten **7.75**

Mäntel
aus besten englischartigen Stoffen in den neuesten Mustern **18.00**

Mäntel
aus reinwoll. Eskimo- oder Velourstoffen, viele versch. Ausführungen **40.00**

Karstadt A. G.

Wir empfehlen:
Ia. mitteldeutsche Braunkohlen-Briketts
zum Preise von 2 Goldmark.
Meyer & Burmeister,
8334) **Hundestraße 76.** — Telephon 1750.

Felle — Haare
kaufen höchstzahlend (8327
Gebr. Wagner, Fell-Spezialgeschäft
Dankwartsgrube 26, Holstenstr. 8. Tel. 3414.
Frettierer erhalten jetzt erhöhte Preise.

Starke Schuhwaren, Schaftstiefel, Arbeitsstiefel, eleg. Damen-, Herren- und Kinder-Stiefel, Pantoffel und Hausschuhe, eleg. Herren-Anzüge, elegante Hosen, gestr. Manchester- und Bilot-Hosen, Loden- und Manchester-Joppen.
Winter- und Gummi-Mäntel für Herren, reizende Neuheiten in Damen-Mänteln, Kostümen, Blusen, Röcken, Kleiderstoffen :: Leinen, Betten, Unterzeugen, Wäsche, Nessel, Bettbezugstoffe, Streifsatin usw. usw.
Ehlers & Reetwisch
Holstenstraße 1. (8345) St. Petri 2 u. 4.
Gut — reell — preiswert.
Reelles Geschäft für Arbeiter u. Handwerker.

Die Gasrechnungen sind zu hoch!
Was ist zu tun?
Die Anschaffung des
Sparkochers „Küchenfee"
hilft Ihnen aus allen Verlegenheiten. Staunend geringer Brennstoffverbrauch. Kostenlose, unverbindliche Besichtigung jederzeit. Billigste Fabrikpreise.
Christianus & Co., Maschinenfabrik, Lübeck. Fackenburger Allee 56. (8 95

Der Neue Weltkalender von 1924
ist erschienen. Grundpreis 30 Pfg.
Buchhandlung des Lübecker Volksboten, Johannisstraße 46.

Beitragsmarken
für Vereine und Gewerkschaften
fertigt an und liefert prompt, preiswert und in jeder Ausführung
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co

Geschäftsbücher
Schreibblocks
Rechnungsblocks
Quittungsblocks
Kuverts
Klebemarken
Kellnerbonsbücher
Tinte, rot u. schwarz
Leim, gute Qualität
Bleistifte, Kopierstifte
Federn, Federhalter
zu haben in der (3762
Buchhandlung Lübecker Volksbote.

Prima Kernleder-Sohlen.
26 Beckergrube 26. (7984

Visitenkarten
werden in modernster Ausführung angefertigt bei
Fr. Meyer & Co., Johannisstr. 46

Landkrankenkasse für den Landesteil Lübeck.

Für die Zeit vom 12. bis zum 18. November 1923 betragen die Tagesbeiträge für Melkfrauen und Arbeiterinnen 15 Milliarden Mark, für Dienstmädchen in der Stadt 21 Milliarden, für Dienstmädchen in der Landwirtschaft 27 Milliarden, für Knechte bis 18 Jahre 27 Milliarden, für Knechte über 18 sowie für Wochenlöhner 33 Milliarden, für Deputatarbeiter, Schweizer und Freiarbeiter 51 Milliarden, für Haushalter und Meiereiverwalter 57 Milliarden. (8337

Zu diesen Beträgen kommen 20 % zur Erwerbslosenversicherung.

Die Beiträge für die Woche vom 12. bis zum 18. sind am Montag, dem 19. fällig und sofort an die Kasse abzuführen, andernfalls erfolgt Aufwertung nach der Reichsrichtzahl.

Eine besondere Aufforderung erhalten die Arbeitgeber nicht mehr.

Eutin, d. 15. Nov. 1923. **Der Vorstand.**

DAMENKLEIDERSTOFFE
in reichhaltiger und gediegener Auswahl empfiehlt zu konkurrenzfähigen Preisen, da **direkt** ab **sächsischer** Fabrik,
F. Spethmann, Breite Str. 31
(im Hause Arnold Berg)
8304) **Etagengeschäft.**

Vereins- u. Vergnügungs-Anzeigen

Stadthallen-Lichtspiele.
Vom 16. bis 22. November:
Gertys Leiden.
Ein ergreifendes Filmdrama.
Die Geschichte eines Pflegekindes in 5 Akten.
An Bord der Cap Polonia nach Südamerika.
Dodo als Stierkämpfer.
Groteske in 2 Akten. (8326
Des Freiherrn von Münchhausen sonderbare Abenteuer in Rußland und im Türkenkriege.
Auf unser gr. Orchester wird bes. hingewiesen.

KOLOSSEUM
Morgen Sonnabend:
Groß. Ball.
Kassenöffnung 6½ Uhr.
8349) **Joh. u. R. Mittag.**

Lübeckisches Sinfonie- und Stadttheater-Orchester.
Morgen Freitag, 16. Novbr., 7½ Uhr:
Großes volkstümliches Konzert
(Ein Abend im Reiche der heiteren Muse)
im Gewerkschaftshaus.
1. Teil: Direktion Kapellmeister **Karl Mannstaedt.**
2. u. 3. Teil: Direktion **Oskar Fetras.**
Eintritt nur 25 Pfg. Im eigenen Interesse bitten wir die Konzertfreunde, die Vorverkaufsstellen im **Gewerkschaftshaus**, bei **Buse** und **Borchert**, Breite Str., **Barnekow**, Häxterdamm, Warenabgabestellen des **Konsumvereins** zu benutzen. (8312

Luisenlust.
Jeden Freitag: **Gr. Tanzkränzchen.** 8303

Holzarbeiter-Verband.
Freitag abend 7 Uhr:
Versammlung
im Gewerkschaftshaus.
8315)

Fledermaus
8 Uhr.
8194)

Trocadero.
Schüsselbud. 4. F. 787
Täglich ab 5 Uhr nachmittags:
Stimmungs-Konzerte. 8328

Arbeiter-Schachverein
Am Sonntag, d. 18. 11. findet im **Abstinenzkaffee** Untertrave 100, nachm. 2 Uhr, ein (8332
Wettspiel
Stadt-Mühlentor gegen Holstentor statt.
Gäste herzl. willkommen.

Hansa-Theater.
Freitag, 7½ Uhr:
Zum letzten Male
Frühlingsfee.
Sonnabend, 7½ Uhr:
Gastspiel der beliebten Soubrette **Hilde Möbius.**
Zum ersten Male:
Das Glücksmädel.
Operette in 3 Akten von Schwartz. (8340

Stadttheater Lübeck.
Sonnabend, 7,30 Uhr:
Volksbühne: (8333
Propheten.
Sonntag, 7,30 Uhr:
Wiener Blut.

Lübecker Volksbote

Beilage. Freitag, 16. November 1923. Nummer 263.

Freistaat Lübeck.

Freitag, 16. November.

Scheintot!

Der Ludendorff brach schrecklich los:
Marxisten, weh, und Juden!
Doch plötzlich — o du Trauerkloß! —
Da sieht man unsern Ludendorff lang aufs Pflaster hingelegt,
Solang man schießt, kein Glied er regt.
Doch, Kinder, es ist Trug.
Er lebt noch, drum seid klug:
Wenn der Ludendorff auf dem Pflaster liegt,
Durch Verstellung grad das Laster siegt!
Das Feuer eingestellt,
Erhebt er sich als Held!

Das war seither der alte Trick,
Sich zeitig tot zu stellen,
Und dann die arme Republik,
Wieder erwacht zu prellen!
In Ministerien und im Amt
Da sitzen sie noch allesamt,
Die — einst starr wie die Wanzen —
Jetzt auf der Nas' uns tanzen.
Wenn die ganze Bande aufs Pflaster fliegt,
Und keiner vom Staate mehr Zaster kriegt,
Ist erst der Spuk vorbei,
Ist Deutschland wirklich frei.

Mich. von Lindenhecken.

Vorstands- und Ausschußsitzung.

Das Parteisekretariat teilt uns mit, daß zur Klärung und Stellungnahme, zu dem mit Sicherheit zu erwartenden Volksentscheid, am Montag eine Vorstands- und Ausschußsitzung einberufen wird, zu der außer den Bezirksführern, die Referenten und Einkassierer geladen werden. Wir machen schon heute die in Frage kommenden Genossen und Genossinnen darauf aufmerksam.

Goldpreise für Milch und Butter.

Butter 2,20 Goldmark = 1 Billion 320 Milliarden.

1 Liter Milch in Lübeck 126 Milliarden Mark.

Das Hamburger Fremdenblatt berichtet: „Der fortschreitenden Umstellung der Verkaufspreise auf Goldmark haben sich nun auch die Bäcker-, die Fettwaren- und Milchhändler angeschlossen.

Die Butter kostet nach der neuen Festsetzung 2,20 Goldmark, also nach dem Kurs von Donnerstag 1 Billion 320 Milliarden bei einem Großhandelsabrechnungspreis von 840 Milliarden und Brot (1200 Gramm Feinbrot oder 1300 Gramm graues Feinbrot oder 1460 Gramm Schwarzbrot) 50 Goldpfennig oder, ebenfalls nach dem Kurs vom Donnerstag, 300 Milliarden.

Wie der Verein der Fettwaren- und Delikatessenhändler Hamburg-Altonas von 1887 mitteilt, zahlt der Kleinhändler einen Einstandspreis von 1,80—1,90 Goldmark für das Pfund Butter, so daß ein Verkaufspreis von 2,20 Goldmark als angemessen erschien.

Der Preis für Milch wird in Zukunft täglich festgesetzt, um den Landmann und Milchhändler nach Möglichkeit vor der Geldentwertung zu schützen. Die Preisfestsetzung erfolgt dergestalt, daß auf Grund der dreimal in jeder Woche stattfindenden Butterpreisnotierung ein Grundpreis errechnet wird, der mit dem amtlichen Gegenwert für eine Goldmark multipliziert wird. Für Freitag, 16. November, beträgt der Grundpreis für 1 Liter Vollmilch 32 Pfennig, der Grundpreis für 1 Liter Magermilch oder Buttermilch 16 Pfennig. Es kostet somit ein Liter Vollmilch 32 Pfennig × 600 Milliarden = **192 Milliarden Mark**, 1 Liter Magermilch oder Buttermilch 16 Pfennig × 600 Milliarden = 96 Milliarden Mark."

Wie Figura zeigt, sind die Grundpreise gegenüber dem Friedensstand ganz gewaltig erhöht worden. Die Erhöhungen betragen 60—80 Prozent. Nun sind allerdings die Unkosten gewaltig gestiegen, Futter, Kohle, Transport usw., aber der Zwischengewinn ist prozentual doch höher als in Friedenszeiten, wo man sich mit 15—20 Prozent begnügte. Das Schlimmste ist, daß die Grundpreise nach oben treiben, die Löhne und Gehälter aber weit unter die Friedensbesoldung gedrückt werden. Wenn sich die Goldmark erst eingeführt hat, werden wir sehen, wie jämmerlich unsere Bezahlung ist.

Lübecker Indexziffer.

Die vom Statistischen Landesamt auf Grund der Erhebung vom 15. November 1923 berechnete Indexziffer für die gesamten Lebenshaltungskosten in Lübeck (Ernährung, Heizung, Beleuchtung, Wohnung und Bekleidung) beträgt das 347,4milliardenfache der Vorkriegszeit. Die Steigerung gegenüber der letzten Berechnung vom Montag, dem 12. November (207,4 Milliarden) beträgt somit 67,5 Prozent. Ohne die Bekleidungskosten stellt sich die Lebenshaltungsindexziffer auf 340,8 Milliarden oder um 64,7 Prozent höher als am letzten Montag.

Arbeiter-Samariter-Kolonne.

Im Jahre 1920 wurde in Lübeck die Arbeiter-Samariter-Kolonne gegründet. Anfangs mußten große Schwierigkeiten überwunden werden. Vor allen Dingen war es die Arztfrage. Aber auch diese wurde gelöst. Herr Dr. Raben stellte sich damals an die Spitze der Arbeiter-Samariter-Kolonne. Wir wollen nicht unterlassen, Herrn Dr. Raben auch von dieser Stelle aus unsern herzlichsten Dank für seine mühevolle Arbeit auszusprechen. Durch freiwillige Arbeit ist es gelungen, die Arbeiter-Samariter-Kolonne so auszubauen, daß sie mit jeder anderen Kolonne antreten kann. Das Material, das die Arbeiter-Samariter-Kolonne aufweist, ist tadellos, sodaß Unglücksfällen in jeder Form begegnet werden kann. Daß die Kolonne leistungsfähig ist, hat sie bei verschiedenen öffentlichen Veranstaltungen bewiesen. Nach langen Bemühungen, mit Unterstützung des Polizeiherrn, unseres Genossen Mehrlein, ist es endlich gelungen, ein festes Heim zu finden. Im Kanzleigebäude, Eingang 5, ist eine Unfallstation errichtet, die Tag- und Nachtwache hat. Die alten Räume sind neu hergerichtet. Auch diese Arbeit wurde freiwillig von den Mitgliedern geleistet. Am Sonntag, dem 18. November, können die Räume von jedermann besichtigt werden. Von 9—1 Uhr für die Behörden, Aerzte usw., von 3—5 Uhr für die Allgemeinheit. Auf das geschaffene Werk kann die Kolonne stolz sein. „Lütt sünd se anfung'n, doch se heft' schaft."

H. W.

Eine sehr zeitgemäße Behörde. Heute zeigte uns ein Arbeiter eine merkwürdige Zahlungsaufforderung. Wegen Ruhestörung war sein Sohn vom Amtsgericht in Elbing im April zu 1500 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Am 11. November schickt dieses Gericht nun die Zahlungsaufforderung über 1500 Mark. Das Porto des Briefes betrug 3 Milliarden. Wieviel wird es dem guten Mann erst kosten, die 1500 Mark wegzuschicken? Gibt es überhaupt noch solch kleine Geldscheine, um 1500 Mark zusammenzubringen. In Deutschland geht alles kaput — nur der Amtsschimmel blüht und gedeiht. Gott erhalte ihn! Aber möglichst bald!

Verfälschung von Reichsbanknoten. Betrüger haben wiederholt versucht, Reichsbanknoten in den Verkehr zu geben, die durch Stempelaufdruck mit einer höheren Wertangabe versehen sind. Vor Annahme dieser verfälschten Noten wird gewarnt mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß bisher von der Reichsbank nur zwei Arten von Reichsbanknoten ausgegeben worden sind, die durch Ueberdruck einen vom Text der Note abweichenden Wert erhalten haben. Es sind dies die Reichsbanknoten zu ursprünglich 1000 Mark mit dem Datum vom 15. Dezember 1922, welche durch Ueberdruck den Wert von 1 Milliarde, und die Reichsbanknoten zu ursprünglich 5000 Mark mit dem Datum vom 15. März 1923, welche durch Ueberdruck den Wert von 500 Milliarden Mark erhalten haben. Weitere überdruckte Reichsbanknoten sind bisher nicht ausgegeben worden.

Statistischer Monatsbericht für Oktober.

Nach der Fortschreibung des Statistischen Landesamtes betrug die Bevölkerung der Stadt Lübeck Ende Oktober nur 122 752 gegen 122 911 im Vorjahre. Die natürliche Bevölkerungsbewegung brachte einen Gewinn von 30 Personen, in der örtlichen war aber der Fortzug wieder um 344 größer als der Zuzug, sodaß eine Bevölkerungsabnahme von 314 eintrat. Im vorigen Oktober wanderten noch 515 Personen mehr zu. Ehen wurden 102 geschlossen, 6 weniger als im Vormonat und 41 weniger als im Vorjahre. 15 Männer und 10 Frauen heirateten zum wiederholten Male. Die auf 1000 Einwohner und auf das Jahr berechnete Heiratsziffer war mit 9,9 um 4,0 niedriger als 1922. Die Gesamtzahl der Geborenen einschließlich der Totgeburten belief sich auf 165 (84 Knaben, 81 Mädchen) gegen 169 im September 152 im Oktober vorigen Jahres. Die auf 1000 Einwohner und auf das Jahr berechnete Geburtsziffer betrug 16,1; sie war um 0,8 geringer als die vormonatliche, aber um 1,8 höher als die vorjährige. 18 oder 10,9 (1922: 9,9) v. H. waren unehelich und 5 oder 3,0 (3,9) v. H. tot. Gestorben sind 130 Personen, und zwar 72 männliche und 58 weibliche. Im Vormonat starben 98 und im Oktober vorigen Jahres 182. Von den Gestorbenen waren 30 oder 23,1 (19,0) v. H. unter 15 Jahren und 50 oder 38,5 (45,5) v. H. über 60 Jahre alt. Die allgemeine Sterbeziffer (auf 1000 Einwohner und auf das Jahr berechnet) war mit 12,7 bedeutend ungünstiger als die vormonatliche (9,5), aber etwas günstiger als die vorjährige (12,9). Im 1. Lebensjahre stehende Kinder starben 23 (22), darunter 9 an Lungenentzündung, 6 an Verdauungsstörungen und 3 an angeborener Lebensschwäche. Die allgemeine Säuglingssterbeziffer war mit 120,0 etwas höher als 1922 (109,1). Todesursache war 19 mal Krebs, 16 mal Lungenentzündung, 14 mal Krankheiten der Kreislauforgane, 13 mal Altersschwäche und je 12 mal Tuberkulose und Krankheiten des Nervensystems.

Goldlöhne und Goldrechnungslöhne.

Während der gegenwärtigen Uebergangszeit ist bei der Forderung auf Zahlung von Goldlöhnen sehr wohl zu unterscheiden zwischen der Zahlung in wertbeständigen Zahlungsmitteln (Goldanleihe, Rentenmark usw.) und den sogenannten Goldlöhnen, die in Papiermark gezahlt werden. Im Reichstarif der Schuhindustrie ist zwischen diesen beiden Zahlungsarten sehr richtig unterschieden worden. Es ist ja ausdrücklich festgelegt, daß für die Löhne, die nicht in wertbeständigen Zahlungsmitteln zur Auszahlung kommen, ein Zuschlag von 20 Proz. tritt. Dieser Zuschlag ist übrigens noch ungenügend. Wenn die Berechnung nach dem Dollarkurs dem Arbeiter, der in Papiermark seinen Lohn erhält vor der Entwertung schützt, die zwischen der Feststellung der Lebenshaltungskosten und der Auszahlung des Lohnes eintritt, so schützt sie ihn keineswegs vor der Entwertung während der Verbrauchswoche. Auch die allgemein üblich gewordenen Vorauszahlungen sind gegen diese Entwertung nur ein ungenügender Notbehelf.

Wir gehen natürlich immer von der Voraussetzung aus, daß als Grundlage der Lohnfestsetzung die Teuerung dient, die durch die Reichsindexziffer ermittelt wird. Die Reichsindexziffer, die die Kosten der Lebenshaltung ermittelt, stellt gewissermaßen die Kosten des Wiederbeschaffungspreises der Arbeitskraft dar. Infolge der fortgesetzten und rapiden Entwertung der Papiermark ist es in der Wirtschaft allgemein Brauch geworden, auf den sogenannten Wiederbeschaffungspreis außer den üblichen Prozentsätzen für Unkosten, Gewinn usw. einen Entwertungsfaktor zuzuschlagen, der den Unternehmer vor der Entwertung schützt, die zwischen dem Kauf, Verkauf und Wiederkauf eintritt. Dieser Zuschlag ist neben den Uebergewinnen der Kartelle die wesentliche Ursache der Ueberteuerung in Gold, die wir trotz der niedrigen Löhne gegenwärtig in Deutschland beobachten. Es ist deshalb nicht nur billig, sondern auch unbedingt erforderlich, daß auch der Arbeitnehmer sich vor der Entwertung entsprechend schützt.

Deshalb ist in den Richtlinien der Spitzenorganisationen vom 1. September, die allerdings von den Unternehmern nie eingehalten worden sind, festgelegt worden, daß bei eintretender starker Geldentwertung neben der Reichsindexziffer der Lebenshaltungskosten auch die Bewegung der Großhandelspreise und des Dollarkurses berücksichtigt werden müssen. Während der letzten zwei Wochen haben wir beobachten können, daß die Unternehmer nicht allein diese Bestimmung einzuhalten ablehnen, sondern selbst teilweise sich weigern, der längst überholten Teuerung Rechnung zu tragen, die in der Reichsindexziffer der Lebenshaltungskosten ermittelt worden ist. Das ist ein ganz unhaltbarer Zustand.

Dagegen bietet man den Arbeitnehmern sogenannte Goldlöhne an, die nicht nur der Ueberteuerung in Gold nicht Rechnung tragen, sondern noch ganz erheblich hinter den Löhnen der Vorkriegszeit zurückbleiben. Da diese angeblichen Goldlöhne außerdem in Papiermark gezahlt werden, kommt noch die gesamte Entwertung hinzu, die die Papiermark durchmacht. Derartige „Goldlöhne" sind unter allen Umständen abzulehnen. Wenn gegenwärtig Goldlöhne gefordert und vereinbart werden, dann muß dies stets mit der Klausel verbunden sein, die im Reichstarif der Schwerindustrie enthalten ist, d. h. daß zu den Löhnen, soweit sie nicht in wertbeständigen Zahlungsmitteln zur Auszahlung kommen, ein Zuschlag zu treten hat. Diese Gold-

Das Strumpfband.

Skizze von Erich Effler.

Er nannte sie Pussy und sie rief ihn Schnucki — und beide waren sehr glücklich — „er", weil sie eine entzückend eingerichtete Dreizimmerwohnung besaß, und „sie", weil sie festgestellt hatte, daß sie mit seinem Einkommen ganz gut auskommen würde. Und das nannten sie beide Liebe! Das heißt, sie liebten sich platonisch, er wartete auf sie wohl zwei- bis dreimal in der Woche, angetan mit scharf gebügelten Einheitshosen, etwas verschnittenem Jackett, Zwirnhandschuhen und Spazierstöckchen — wie es einem zweimal erfolgreich geprüften Beamten geziemte — in der Nähe ihrer Wohnung und sie rauschte, ewig nach Eu de Cologne duftend, neben ihm. Da er aus ihren Erzählungen bereits jeden Winkel ihrer „entzückenden" Wohnung kannte, und sie mit all den kleinlichen Besoldungsproblemen des Freundes genügend vertraut war, so hielt Pussy schließlich den Zeitpunkt für gekommen, nach erfolgter Sondierung des Terrains einen Angriff auf sein Herz zu unternehmen.

Und als er ihr gerade auf einsamem Waldwege den Lehrsatz des Pythagoras zu erklären versuchte, sagte sie ein wenig unvermittelt und stillos: „Sieh mal, Schnucki, seit einer Weile spiele ich schon mit einem wunderbaren Gedanken. Wie wäre es, wenn du heute abend dein Essen bei mir einnehmen würdest? Ich denke mir das himmlisch."

Und da er sie ein wenig verwundert und geistlos ansah und verlegen an dem hohen Stehkragen nestelte, schmeichelte sie weiter: „Sieh mal, Schnucki, wir lieben uns. Was ist dabei wenn du eine harmlose Teestunde bei mir verplauderst? Wir sind doch schließlich keine Kinder und leben in einer Zeit, in der ein Mann, auch wenn er Beamter in Besoldungsklasse 10 ist, eine Dame besuchen kann, ohne daß der Standesbeamte dieses Verhältnis gleich sanktioniert haben muß.

Er rang nach Atem und tupfte sich den Angstschweiß von der Stirn. Dann hob er das linke „Röllchen", das ihm entglitten war, vom Boden auf, gab sich einen Ruck und antwortete: „Eigentlich müßte ich ablehnen; denn ich weiß nicht . . . aber du hast schließlich recht: ich werde kommen. —"

Also kurz und gut: Schnucki verbrachte diesen Abend bei Pussy und verließ sie ebenso rein und tugendhaft, wie er sie in die Wohnung begleitet hatte. Er überlegte, Weshalb sollte man nicht die Abende öfter bei ihr verleben?

Ins Geburtstag nahte. Er, der Korrekte, war nicht für Ueberraschungen. Ueberflüssige, sinnlose Geschenke ärgerten ihn. So fragte er sie nach ihren Wünschen. Pussy überlegte. Was konnte sie Praktisches gebrauchen? — Da blitzte es plötzlich schelmisch in ihren Augen auf. „Ja, ich weiß etwas, Schnucki, schenke mir ein Paar recht schöne Strumpfbänder." — —

„Gott, haben die Frauen Wünsche!" dachte er — aber er ging hin und kaufte ein Paar rosa gerippte Bänder mit hübschen Schlössern.

Dann trat er zwei Tage später mit einem großen Blumenstrauß, den Strumpfbändern und einigen ziemlich umfangreichen „Kleinigkeiten" (soweit war er seinen Prinzipien schon untreu geworden) bei Pussy an. Im leichten, lichten Hauskleide empfing sie ihn. Sie war heute bei strahlender Laune und hatte alles wirklich reizend für eine intime Feier vorbereitet. Als er all die Herrlichkeiten ein wenig umständlich auspackte, erfüllte ihr heller Jubel das Zimmer.

Der Tag verlief recht angenehm und zensurrein; denn er hatte es sich einmal zum Prinzip gemacht, Frauen bis zur Ehe nur platonisch zu lieben, und außerdem legte ihm ja das Vertrauen Pussys, die ihn in ihre Wohnung eingelassen hatte, noch besondere Verpflichtungen auf. Zum Abendbrot gab es Sekt und ganz erlesene Speisen. Oh! Pussy verstand zu leben! — Und zu trinken!

Bald konnte man die Einwirkung des Sektes spüren: sie taute auf, ward lebendig und temperamentvoll, wie er sie noch nie zuvor gesehen hatte. Dann schien sie plötzlich müde zu werden. Kein Wunder, dachte er. Aber es war ihm doch ein wenig peinlich, daß sie ihr Köpfchen an seine Schulter lehnte und die Augen dabei geschlossen hielt. Steif und kerzengrade saß er da — kein Glied wagte er zu rühren. Er fühlte das Klopfen ihres Herzens, sah das Wogen ihres Busens, dessen marmorweiße Haut durch das dünne Gewand schimmerte. Ihm lief es eiskalt über den Rücken und — er blickte unverwandt nach der anderen Seite des Zimmers. Doch der Teufel mußte heute seine Hand im Spiele haben — was war nur in seine ehrbare, kreuzbrave Pussy gefahren? Plötzlich fühlte er sich von zwei weichen weißen Armen umschlungen, die seinen Kopf ein wenig herunterzogen, und klitsch, klatsch — hatte sie ihm zwei Küsse, mit Fiebertemperatur, verabfolgt. Schüchtern erwiderte er den einen Kuß — was ihm ganz schön dünkte; bei dem Versuch, den zweiten zurückzugeben, siegte jedoch bereits wieder die Vernunft, die ihn denken ließ: „Das ist nun die Folge allzu reichlichen Alkoholgenusses. Arme kleine Pussy!"

Die aber fühlte sich ganz munter. Sie war aufgesprungen, an den Gabentisch geeilt und kehrte nun mit den Strumpfbändern zurück. Ausgerechnet. Prüfend ließ sie den Gummi durch die Hände gleiten. Schelmisch blickte sie ihn an. In ihren Augen, ganz, ganz hinten in der Ecke, saß wohl doch so ein gefährliches Sektteufelchen. Leise fragte sie: „Was meinst Du, Schnucki, — — ob die Bänder nett zu meinen Strümpfen passen werden?"

„Gott, Pussy, was heißt bei einem Strumpfband „passen"? Es wird an einer Stelle getragen, an der es ja doch niemand sieht, da spielt doch Farbe oder Mode gar keine Rolle. Die Hauptsache bleibt die Qualität. — Probiere die Dinger heute abend oder morgen früh an und wenn sie dich drücken oder beengen sollten, so tauschen wir sie eben um."

Pussy lachte auf: „Du hast recht!" — aber ihr Lachen hatte einen schrillen Mißton, als sei bei einer Geige die Saite gesprungen.

Schweigend saßen die beiden noch eine Weile nebeneinander — ein Gespräch wollte nicht mehr zustande kommen. Er zog seine schwere, goldene Uhr: „Es ist elf durch. Du wirst müde sein, Kind, — und auch ich muß nach Hause, ich habe noch einige Akten durchzuarbeiten."

„Ja — ja — die Akten — geh nur nach Hause!" erwiderte Pussy schmollend und Tränen standen ihr in den Augen.

Als er die Wohnung verlassen hatte, bekam sie einen kleinen Tobsuchtsanfall, der ein paar Vasen und einem Aschenbecher das Leben kostete.

Und als er sie die nächsten Tage ein paar mal zum Spaziergang einlud, lehnte sie ab — sie habe Kopfschmerzen. Auf seine Briefe antwortete sie nicht.

Als ihre Freundin Else eines Tages fragte, „wie weit sie denn schon mit Schnucki gediehen sei", da sagte sie mit einer wegwerfenden Handbewegung: „Mit diesem verstaubten Aktenmenschen war absolut gar nichts zu machen. Ein Pedant durch und durch. Wie leicht habe ich es ihm gemacht, einmal aus seiner vergilbten Amtshaut zu fahren. Doch alles vergebliche Liebesmüh! Mein Mann darf mal kein Beamter sein. Ich werde Karlheinz wieder einladen."

So kehrte Pussy wieder zu dem Geiger Karlheinz und Schnucki zu Röllchen, Zwirnhandschuhen, Einheitshosen und Stiefehr-Akten zurück.

Die Zerstörer des einst so aussichtsreichen Freundschaftsbündnisses, die rosa Strumpfbänder, erhielt Frau Kubinke, Pussys zweiundsechzigjährige Reinmachefrau, zum Geschenk. Sie kriegte Stielaugen, als sie die Dinger sah.

Löhne dürfen jedoch auf keinen Fall, wenn sie auf längere Zeit vereinbart werden, eine andere Grundlage haben als die des Wiederbeschaffungspreises der Arbeitskraft, d. h. sie müssen zur Grundlage haben die durch die Reichsindexziffern ermittelten Kosten der Lebenshaltung.

Diese Grundlage wird auch beizubehalten sein, wenn die Löhne in wertbeständigen Zahlungsmitteln voll zur Auszahlung kommen. Es ich dies das System des Indexlohnes, das in allen Ländern mit stabiler Währung üblich ist. Da die sogenannten wertbeständigen Zahlungsmittel, die jetzt als Zwischenlösung zur Goldwährung geschaffen werden, keineswegs die Sicherheit einer wirklichen Wertbeständigkeit bieten, ist diese Voraussetzung doppelt notwendig. Für den Augenblick können wir also die Gewerkschaften nur davor warnen, sich zu früh auf sogenannte Goldlöhne festzulegen. Soweit Goldlöhne, d. h. in Wirklichkeit Goldrechnungslöhne vereinbart werden, dürfen sie erstens nur auf ganz kurze Frist, ein bis zwei Wochen festgelegt werden und müssen die Klausel enthalten, daß für Löhne, die nicht in wertbeständigen Zahlungsmitteln zur Auszahlung kommen, ein Zuschlag zu treten hat.

Nachdem der „General-Anzeiger" nach seinen ersten Verdrehungen nichts mehr weiß, hält er Ausschau nach Stoff, um warme Eselstritte auszuteilen. Dabei findet er bei uns einen Artikel, der auch im „Vorwärts" stand. Und behauptet nun, dieser Artikel sei im „Volksboten" ohne Quellenangabe abgedruckt. Zunächst geht es den „General-Anzeiger" einen Dreck an, woher unsere Artikel sind. Aber wir wollen ihm verraten, daß dieser Artikel durch die ganze Parteipresse gehen wird, als „Vorlesung für Stresemann und seine näheren Freunde". Auf Anregung des Parteivorstandes! Also „ungezeichnet." Uebrigens weiß der „General-Anzeiger" ganz genau, daß der „Volksbote" seine eigene Meinung auch selbst zeichnet. Sein dummer Eselstritt ist also wirklich nichts weiter als der Tritt von einem Esel. Und steht deshalb dem „General-Anzeiger" besonders gut an.

Ein Schaufenster zerschlagen wurde in der verflossenen Nacht in einem Zigarrengeschäft neben dem Cafe Viktoria. Ein Teil der Ware wurde gestohlen.

Gefälschtes Reichsbahn-Notgeld. Kürzlich sind Notgeldscheine der Deutschen Reichsbahn über 5 Millionen im Verkehr aufgetaucht, denen durch Ueberstempelung eine höhere Wertbezeichnung gegeben war. Es handelt sich hier um Fälschungen. Die Reichsbahn hat überstempelte Notgeldscheine nicht herausgegeben.

Der schwedische Reichsbibliothekar deutscher Ehrendoktor. Die philosophische Fakultät der Berliner Universität ernannte den schwedischen Reichsbibliothekar Dr. J. Collijn, der seit Jahren Mitglied der Kommission für den Gesamtkatalog der Wiegendrucke ist und so auch an einem deutschen wissenschaftlichen Unternehmen von Weltruf mitarbeitet, zum Ehrendoktor. Die deutsche Wissenschaft und besonders auch die Lübecker Stadtbibliothek verdankt Dr. Collijn größere Sendungen schwedischer Bücher. Dr. Collijn hat sich in Lübeck auch durch seine Mitarbeit an der Erforschung der Geschichte der Lübecker Frühdrucker verdient gemacht. Noch in frischer Erinnerung ist seine an Dir. Dr. Vieth gesandte, herzlich gehaltene Glückwunschadresse zum 300jährigen Jubiläum unserer Stadtbibliothek, die wir im vorigen Jahre veröffentlichten.

Zahlung der Militärrenten bei der Post. Die Zahlung der Militärrenten für die zweite Hälfte des Monats November findet am Montag, dem 19. und Dienstag, dem 20. November, von 8—11½ und 4—6 Braunstraße 5 statt.

Die Sinfonie der Tausend, die aufzuführen hier von unserm Orchester geplant war, kann leider nicht mehr aufgeführt werden. Leider sind die meisten Chorstimmen noch nicht wieder abgegeben worden. Da der Verlag nunmehr energisch auf Einsendung der Noten besteht, bittet das Orchester herzlich um sofortige Rückgabe. Das Notenmaterial ist Leihmaterial und ist, wenn es zum Teil abhanden kommt, nie wieder zu ersetzen. Möge jeder Sänger, der diese Zeilen liest, es weitersagen und möge er selbst möglichst umgehend die Noten ins Theaterbureau senden.

Die betrogenen Arbeitnehmer.

Die Kreise unseres Volkes, die auf Lohn und Gehalt angewiesen sind, haben in dieser Zeit wirtschaftlicher und politischer Erschütterungen schon manche Entbehrung und manche Enttäuschung über sich ergehen lassen müssen. Wie es scheint, hat aber das Volk der bitteren Erfahrungen noch nicht genug gekostet. Alle Anzeichen sind dafür vorhanden, daß auch nach Einführung der Goldwährung und der „wertbeständigen Löhne" der Arbeitnehmer — und nur er allein — die Kosten der Umstellung tragen soll.

Als bei der vorwärtsschreitenden Papiermarkentwertung jeder Unternehmer und jeder Händler seine Preise auf Goldmarkbasis umstellte, da war es der Lohn- und Gehaltsempfänger, der mit seinem entwerteten Papiermarklohn die Kosten dieser Umstellung auf sich nehmen mußte. Jetzt geht man dazu über, auch die Löhne auf Goldmarkbasis zu setzen, und der Arbeitnehmer muß sich, weil er der wirtschaftlich Schwächere ist, damit abfinden, daß sein Einkommen, in Goldmark umgerechnet, weit hinter dem Stande der Vorkriegszeit zurückbleibt, obgleich die Goldpreise sich mindestens auf den Stand der Vorkriegszeit hielten, meistens aber darüber hinausgingen. Und was geschieht in neuester Zeit? Die Löhne hat man auf Goldmark „stabilisiert", die „Goldpreise" aber steigen lustig weiter. Für sie gibt es keine Stabilisierung. In diesem Augenblick liegen die Verhältnisse schon wieder so, daß, wie gesagt, die Goldlöhne gegenüber denen der Vorkriegszeit stark hinterherhinken, die Goldpreise jedoch denen von 1914 um ein Beträchtliches vorausgeeilt sind. Der Arbeitnehmer ist also wieder einmal der Betrogene. Er muß, soll er nicht noch mehr unter die Räder kommen, naturnotwendig eine Erhöhung der Goldlöhne fordern. Damit wäre dann glücklich der Kreislauf mit den Preisen und Löhnen von neuem begonnen. **Und wiederum sind es die Preise, die den Anfang gemacht haben.** Soll diese Hast der letzten Jahre hinter den Preisen und Löhnen von neuem einsetzen? Soll alle Mühe und Arbeit der Währungsreform vergeblich gewesen sein? Sollen alle Verhandlungen und Kämpfe über die wertbeständigen Löhne einer Sisyphusarbeit gleichkommen? Wenn das nicht der Fall sein soll, dann, Staat und Behörden, setzt Eure ganze Autorität ein und verhindert die oftmals ganz willkürlichen Goldmarkpreistreibereien; denn diese sind es, die alle ehrlichen Bestrebungen zur Stabilisierung unserer Wirtschaft wieder über den Haufen werfen müssen.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Achtung, Arbeiterjugend! Die Ortsvorstandssitzung findet nicht heute Freitag, sondern Sonnabend, 7½ Uhr, im Gewerkschaftshaus statt.

Stadttheater. Heute Freitag: Erstaufführung von Georg Kaisers Schluspiel „Hölle, Weg und Erde".

Hansa-Theater. Zum letzten Male wird heute Freitag, 7½ Uhr, das reizvolle Singspiel „Die Frühlingsfee" gegeben. Sonnabend 7½ Uhr Gastspiel Hilde Möbius: „Das Glücksmädel".

Angrenzende Gebiete.

Schwerin. Gegen den Tauschhandel macht das Ministerium mobil. Es hat sich in immer größerem Umfang die Uebung herausgebildet, besonders landwirtschaftlichen Kreisen Waren nur gegen Abgabe von Roggen zu verabfolgen und ebenfalls Leistungen nur unter der gleichen Voraussetzung zu erfüllen. Ein solches Tauschverfahren ist geeignet die Brotversorgung zu gefährden und der Uebervorteilung und übermäßigen Preissteigerung Tür und Tor zu öffnen. Seitens des Ministeriums sind daher die Polizeibehörden und die für die Erteilung der Handelserlaubnis zuständigen Stellen angewiesen worden, diesen Vorgängen ihre besondere Aufmerksamkeit zu widmen und gegen sie, soweit nicht wie z. B. beim Tausch von Bodenerzeugnissen gegen Düngemittel ein wirtschaftliches Interesse vorherrscht, auf Grund der Vorschriften der Preistreibereiverordnung und der Verordnung über Handelsbeschränkungen rücksichtslos einzuschreiten.

Schwerin i. M. Zeitungsverbot. „Das Freie Wort" wurde vom Wehrkreiskommando II für 3 Tage verboten. Unser Bruderblatt soll eine Verordnung des Wehrkreiskommandeurs in Sachsen durch eine Ueberschrift ins Lächerliche gezogen und in einem zweiten Artikel anderen Befehlshabern vorgeworfen haben, daß sie nicht genügend Verständnis für die Not des Volkes besäßen.

Bremen. Ein deutschvölkischer Judensieg. Die deutsch-völkische „Freiheitspartei" der Reeder-Republik hat sich im Wahlkampf um die Bürgerschaft unvergängliche Lorbeeren geerntet. Als am Dienstag abend die Hakenkreuzler im Bremer Museum eine ihrer Hetzversammlungen gegen Juden und Republikaner abhielten, wurde sogar einem Pazifisten, Mitglied des republikanischen Reichsbundes, das Wort als „Judenspitzel" entzogen und selbst die Deutschnationalen als „verjudet" gekennzeichnet. Als auf die öffentliche Einladung hin auch jüdische Frontsoldaten, also Männer, die gleichfalls für das deutsche Vaterland im Weltkriege gekämpft und geblutet haben, sich gegen die uralten Lügen der deutsch-völkischen Radaubrüder mit Worten verteidigen wollten, da griffen die Hakenkreuzler zu ihren „geistigen Waffen", zu Gummiknüppeln und Totschlägern, und erfochten über die unbewaffneten Fronthelden aus dem Judentum einen „Sieg", indem sie sie aus dem Saale mit brutaler Gewalt vertrieben. Einer wurde sogar derart die Treppe hinuntergeworfen, daß er mit einem Beinbruch ins Krankenhaus abtransportiert werden mußte. Die Ordnungspolizei, auf das Treiben aufmerksam gemacht, lehnte es ab, einzuschreiten.

Neue Bücher.

(Alle hier besprochenen Bücher sind durch die Buchhandlung des „Lübecker Volksboten" zu beziehen.)

H. G. Wells, „Die Grundlinien der Weltgeschichte". Autorisierte, deutsche Uebersetzung. Vollständig in 14 Lieferungen im Umfang von je 3 Bogen zum Grundpreis von je 50 Pfennig, mit vielen Bildern, Karten, Plänen und Tabellen, Berlin 1928, Verlag für Sozialwissenschaft. — Lieferung 1 (Die Entstehung unserer Welt und des Menschen). Der bekannte englische Publizist H. G. Wells, der unter Mitwirkung eines Stabes hervorragender Fachgelehrter diese „Grundlinien der Weltgeschichte" verfaßte, hat sich das große Ziel gesetzt, eine gemeinsame Auffassung der Geschichte vorzubereiten, ohne die ein gemeinsamer Friede und gemeinsame Wohlfahrt niemals gesichert sein können. „Solange nicht gemeinsame Ideen zur harmonischen Zusammenarbeit führen, solange beschränkte, selbstsüchtige und widerstreitende nationale Traditionen herrschen, werden Rassen und Völker immer wieder zu Streit und Empörung getrieben werden. Unsere innere Politik und unsere ökonomischen und sozialen Ideen sind tiefdurchseucht von falschen und phantastischen Voraussetzungen über den Ursprung und den geschichtlichen Zusammenhang der sozialen Klassen. Eine Auffassung der Geschichte als gemeinsames Erleben der gesamten Menschheit ist für den sozialen Frieden so nötig, wie für den Völkerfrieden." Auf diesen Grundgedanken aufbauend schildert Wells, dessen anschaulicher und geistvoller Stil nicht zum wenigsten seinen literarischen Ruhm begründet haben, in acht großen Abschnitten die gesamte Weltgeschichte bis auf die neueste Zeit: die Entstehung unserer Welt; die Entstehung des Menschen; die Morgendämmerung der Geschichte; Judäa, Griechenland und Indien; der Aufstieg und der Zusammenbruch des Römischen Reiches; Christentum und Islam; die mongolischen Reiche und die neuen Reiche; das Zeitalter der Großmächte. Wells verzichtet auf Familienchronik von Dynastien und Schlachtendaten, die in den üblichen historischen Handbüchern die Erkenntnis organischer Zusammenhänge der Menschheitsgeschichte verwirren; er verliert sich nicht in letztendes bedeutungslosen Einzelheiten, die nur einem nationalen Egoismus wichtig erscheinen, sondern er konzentriert sich auf die Schilderung der großen geistigen, sozialen und wirtschaftlichen Strömungen, und so wird sein Werk zu einer „unerschöpflichen Fundgrube interessanter Geschichtspunkte und sehr origineller Verknüpfungen". Namhafte Kritiker, wie Ernst Troeltsch, Graf Hermann Keyserling und andere, heben die Gedankenkraft der Wellsschen Konzeption hervor und bezeichnen sein, nun in vorzüglicher deutscher Uebersetzung vorliegendes Werk als „epochemachend". Daß gerade in den angelsächsischen Ländern, die sich doch bisher durch eine mehr als einseitige, egoistische Geschichtsauffassung von der übrigen Welt abschlossen, schon 700 000 Exemplare dieses Werkes abgesetzt werden konnten, beweist, welche starke, werbende Kraft der Wellsschen Geschichtsdarstellung zugesprochen werden muß. Es ist zu begrüßen, daß der Verlag für Sozialwissenschaft (Berlin W 68) den Bezug dieses Werkes erleichtert hat, indem er es in 14 Lieferungen zum Grundpreise von je Mk. 0,50 herausgibt, deren erste in schöner Ausstattung und mit vielen Bildern vorliegt und die beiden ersten Abschnitte des Werkes umfaßt.

Rosa Luxemburg: Briefe an Karl und Luise Kautsky, 1896—1918. Volksausgabe. Alleinvertrieb: Zentralvertrieb zeitgeschichtlicher Bücher, G. m. b. H., Berlin W 30, Gleditschstraße 6. Preis: Kartonniert 2,50 Grundzahl und Schlüsselzahl der Buchhändler. — Die Briefsammlung zeigt die vielgescholtene und vielgerühmte Sozialistin von einer Seite, von der die Oeffentlichkeit bisher nichts gewußt: als tieffühlendes, mitleidsvolles Weib, das mit prachtvoll dichterischem Schwunge auch zu nichtpolitischen Erscheinungen der Zeit, zu Natur- und Menschenstimmungen ihre Meinungen zu sagen wußte. Diese vorliegende Briefsammlung ist deshalb kein lediglich politisches Dokument, sondern zugleich auch die prachtvoll menschliche Emanation einer Persönlichkeit, der Politik zwar das Zentrum ihres Lebens war, die aber über ihrer politischen Anschauung ein Welt- und Kulturbild von harmonischer Einheit zu formen wußte.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Der Aufruf des Senates zur Arbeitsbeschaffung, das darniederliegende Gewerbe und die Gefängnisarbeiten.

Wir werden um Veröffentlichung folgenden Notrufes des Buchdruckerstandes gebeten:

Auf ein dringendes Gesuch an den Senat, „den Druck von Formularen für die Behörden, der jetzt in der Strafanstalt erfolgt, wieder wie früher dem freien Gewerbe zu übertragen", hat der Senat den Buchdruckern und Zeitungsverlegern ablehnend geantwortet. In der Begründung ist gesagt, daß die vom Staate zu unterhaltenden Gefangenen auch für den Staat tätig sein müssen und somit aus finanziellen Gründen der Antrag abzulehnen sei.

Die Ablehnung ist umso auffälliger, als der Senat in einem Aufruf die Bevölkerung zur Schaffung von Arbeitsgelegenheit zur Linderung der vorhandenen Not aufgerufen hat und nun selbst nicht darnach handelt. Verschärft wird die Wirkung der staatlichen Maßnahmen gegen das freie Gewerbe noch durch die von mehreren Behörden beliebte Anschaffung von teuren Vervielfältigungsapparaten, mit denen mancherlei sonst gewerblich gelieferte Vordrucke hergestellt werden.

Bei dieser Ablehnung ist ferner zu bedenken, daß es sehr fraglich erscheint, was dem Senat teurer zu stehen kommt, ob die Unterhaltung der Gefangenen und deren anderweite Beschäftigung mit Holzzerkleinern oder landwirtschaftlichen Arbeiten oder die Unterhaltung der Kurzarbeiter des zurzeit fast völlig darniederliegenden Buchdruckgewerbes. Abgesehen von einzelnen mit Banknotendruck beschäftigten Betrieben haben fast sämtliche Druckereien zur Kurzarbeit übergehen müssen, neben den erwerbslos gewordenen Arbeitnehmern haben sich sogar Geschäftinhaber erwerbslos gemeldet und fallen dem Staat zur Last. Dabei handelt es sich in den Geschäften meist um altgediente Männer, die im Beruf grau geworden sind. Es ist höchst bedauerlich, daß ein ganzer Stand, der ein gut Teil seiner Beschäftigung früher in der Herstellung städtischer Formulare fand, jetzt seine Mitarbeiter nicht mehr zu ernähren vermag. Es dürfte doch allgemein bekannt sein, daß Lübeck als Druckort hauptsächlich auf sich selbst angewiesen ist und eine erhebliche Zufuhr von Aufträgen weder von auswärts noch aus dem Verlagsgeschäft zu erwarten hat. Umsomehr sollte der Senat diesen seinen im freien Gewerbe tätigen Mitbürgern nicht von den Gefangenen Konkurrenz machen lassen. Ueber das Thema „Gefängnisarbeit" ist bereits auch anderwärts viel geschrieben. Noch niemals war aber die Sorge für die Schaffung von Arbeit für das freie Gewerbe so dringend, wie heute, denn die Mitarbeiter des Buchdruckgewerbes sind von dem großen Arbeitsrückgang stärker betroffen, als jeder andere Stand, dazu besteht die Gefahr, daß die in dem Gefängnis zu Buchdruckern ausgebildeten Umgelernten — denn Gottseidank birgt der Buchdruckerstand so gut wie keine dem Gefängnis verfallenen Sünder in seiner Mitte — dem Arbeitnehmerstande selbst später als Arbeitskonkurrenten zur Last fallen.

Nachdem der Weg eines direkten Ersuchens um Aufhebung der Gefängnisarbeit im Buchdruckberuf und Wiederbeschäftigung der im freien Gewerbe Tätigen für Herstellung von staatlichen Formularen vergeblich beschritten worden ist, ergeht diese dringliche Bitte nunmehr öffentlich in der sicheren Hoffnung, daß sich der Staat angesichts der großen Notlage der Pflicht gegen diese, seine Mitbürger, erinnert und eine nochmalige Prüfung der angeregten Frage eintreten lassen wird. „Schafft und erhaltet Arbeit!"

Die Innung der Lübecker Buchdruckereibesitzer.
Verband der Deutschen Buchdrucker, Ortsverein Lübeck.

Des deutschen Kindes Liederborn.

Roellinghof hat bekannte deutsche Kinderlieder zeitgemäß umgedichtet. Wir geben einige Proben dieser ergötzlichen Verse:

Ringelreia,
Das Markenbrot ist teua:
Noch teura is das Affenschmalz,
Und außerdem hängts uns zum Hals
Heraus!
Aus!

*

Ri—ra—rutsch,
Wir machen heute Putsch!
Hänschen schmeißt mit Handgranaten,
Karlchen drischt mit einem Spaten,
Lieschen wird am Spieß gebraten!
Ri—ra—rutsch,
Wir machen heute Putsch!

*

O, du lieber Augustinnes,
Augustinnes, Augustinnes!
Wenn, wie heute, alles hin is — —
(Bunter Rock is weg,
Grund und Stock is weg,
Schiff und Dock is weg,
Mast und Fock is weg),
Wenn, wie heute, alles hin is —
Bleibst du, lieber Augustinnes,
Dennoch unverzagten Sinnes
Auf den Höhen des Gewinnes!

Getreidemarkt.

(Bericht des Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse.)

Hamburg, 15. November.

Die festere Tendenz machte auch heute weitere Fortschritte auf Grund der erhöhten Auslandsforderungen, besonders ausländische Gerste wurde in verschärftem Maße gesteigert. Weizen 2,50—2,60; für Roggen 2,30—2,40; für Hafer 2,10—2,20; für Gerste 2,45—2,55 Dollar ab inländischer Station. Ausländische Gerste 2,70—2,80 Dollar, Mais 2,80—2,90 Dollar frei Kaiwaggon. Oelkuchen sehr fest, aber nur geringes Geschäft.

Heu und Stroh. Hamburg, 15. November. Im Großhandel stellt sich der Preis für Wiesenheu, lose 2,30, gepreßt 3,20, Getreidestroh, gebündelt 1,75, gepreßt 2,40. Alles in Goldmark je Zentner, frei Waggon inkl. Verladestation, exkl. Deckenmiete. Tendenz: ruhig.

8331

Weiche mit Henko die Wäsche ein!

Du sparst an Seife und Waschmittel und erleichterst Dir das Waschen

Henko Henkel's Wasch- und Bleich-Soda bewährt seit einem halben Jahrhundert für Wäsche und Hausputz